

# JENSEITS DER FEINDBILDER

Die Bedeutung des „Kalten Krieges“ und seiner Überwindung für das heutige Europa



DOKUMENTATION

der Diskussionsveranstaltung zum Themenjahr 2009 „20 Jahre Mauerfall“

## INHALTSVERZEICHNIS

### Begrüßung

Barbara Kisseler	3
Martin Sabrow	4
Markus Meckel	6

### Keynote

Horst Teltschik	8
-----------------	---

### Erwiderung

Richard C. Barkley	12
--------------------	----

### Der „Kalte Krieg“ aus zeithistorischer Perspektive

Christian Ostermann	16
Horst Möller	17
Sandrine Kott	19
Włodzimierz Borodziej	21

### Resümee

Konrad H. Jarausch	24
--------------------	----

### Anhang

Aufruf zur Gründung eines „Museums des Kalten Krieges – Die Teilung Europas und ihre Überwindung“	26
Programm der Veranstaltung am 20. März 2009	28
Referenten und Moderatoren	30

Wir danken für ihre Unterstützung:

## BEGRÜSSUNG

### Barbara Kisseler

Sehr geehrter Herr Sabrow, sehr geehrter Herr Meckel, verehrter Herr Teltschick, Exzellenz, sehr geehrter Herr Barkley,

ich darf Sie im Namen des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit und im Namen des Senats von Berlin im Roten Rathaus ganz herzlich begrüßen. Ich halte es für ein ausgesprochen gutes Zeichen, dass Sie gerade hier an diesem Ort darüber nachdenken, welche Bedeutung zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution und dem Fall der Mauer in der ehemaligen Frontstadt Berlin dem Kalten Krieg aus heutiger Sicht zukommt und wie er die Zukunft Europas möglicherweise beeinflusst. 20 Jahre sind eigentlich eine überaus kurze Zeit. Wir alle spüren – wir sagen es auch immer wieder, ohne so richtig darüber nachzudenken –, wie schnell doch die Zeit vergeht. Jeder von uns weiß, als wenn es gestern gewesen wäre, wo ihn oder sie die Nachricht vom Fall der Mauer erreichte. Und doch rückt gleichzeitig die Zeit vor 1989 unaufhaltsam in immer größere Ferne und mit ihr leider auch das Bewusstsein für all das, was wir mit dieser Epoche – das darf man, glaube ich, so nennen – und mit dem Kalten Krieg verbinden. Viele Stichworte fallen uns sofort ein: Berlin-Blockade, Errichtung der Mauer, sowjetische und amerikanische Panzer, die sich am Checkpoint Charlie gegenüberstanden, Schikanierungen an den Grenzen usw. Aber was war das eigentlich für ein Phänomen, dieser Kalte Krieg? Was bedeutete er, nicht nur für Berlin, sondern für ganz Europa, ja eigentlich für die ganze Welt? Wir haben uns hier in Berlin bewusst dagegen entschieden, im Jahre 20 nach dem Fall der Mauer einfach nur ein großes Event-Spektakel zu inszenieren, das diesen – wie ich meine – glücklichsten aller Momente in der jüngeren deutschen Geschichte würdigt. Vielleicht hätte sich die eine oder andere Event-Agentur in Berlin das gewünscht, aber der eindeutige Höhepunkt wird das Freiheitsfest am 9./10. November 2009 sein, und das ist doch das, was gefeiert werden soll.

Wer das Phänomen des Kalten Krieges zu begreifen sucht, kommt natürlich an Berlin nicht vorbei. Hier wurde am 13. August 1961 die Mauer errichtet und die Berliner haben sehr unter dieser gewaltsamen Teilung gelitten. Familien wurden auseinander gerissen, es gab Tote und Verletzte an der Mauer, und wenn sich die Dinge zu einer internationalen Krise zuspitzten, war meist – zumindest auch – von Berlin die Rede. Der Kalte Krieg war ein internationaler Konflikt, der die ganze Welt in ein bipolares Schema zwängte und spaltete.

Der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat einmal gesagt, „Wer keine Erinnerung hat, der verliert die Orientierung für die Zukunft.“ Und wir wollen dieses Jahr 2009, in dem wir an die friedliche Revolution, an den Fall der Mauer erinnern, auch dazu nutzen, um vor dem Hintergrund unserer Auseinandersetzung mit der Geschichte des Kalten Krieges über die Gegenwart, über die Bedingungen einer besseren Zukunft nachzudenken. Eine der interessanten Fragen könnte sein, welche Szenarien ziviler Konfliktlösung wir an die Stelle der im Kalten Krieg gelernten Szenarien totaler militärischer Konfrontation setzen können, um nicht erneut in ein Wettrüsten hineinzuschlittern, das angesichts der Vielzahl von staatlichen, aber auch nicht-staatlichen Akteuren in Zukunft ohne jeden Zweifel kaum noch beherrschbar wäre. Es gibt ganz zweifellos einen großen Bedarf an anschaulicher und zugleich wissenschaftlich fundierter Darstellung des Kalten Krieges.

Das beeindruckend besetzte Podium der heutigen Veranstaltung wird einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, über eine differenzierte historische Einordnung dieses Phänomens nachzudenken, aber auch über geeignete Formen öffentlicher Vermittlung. Wir brauchen einen Ort der reflektierten Erinnerung an die Teilung Europas. Wir brauchen einen Ort, an dem der tiefe Riss durch Berlin erlebbar und erkennbar wird, einen angemessenen Ort in der Stadt, die für alle sichtbarer Ausdruck dieser Spaltung war. Erlauben Sie mir zum Schluss eine kleine persönliche Anmerkung, die meinem früheren Leben als Kultur-Staatssekretärin geschuldet ist. Dass man bei diesem Thema nicht vorschnell in alte Deutungsmuster verfallen sollte, kann man gerade sehr anschaulich in der Ausstellung *Arts of two Germanies* in Los Angeles erleben, die ab dem 3. Oktober 2009 in Berlin im Deutschen Historischen Museum zu sehen sein wird. Die Ausstellung, die kuratiert von der wirklich unerschrockenen Stephanie Barron, feinsinnig und unübersehbar zeigt, welche Ost-West-Feindbilder, welche Stereotype in der deutschen Kunst der Nachkriegszeit vorhanden waren und wie überraschend ähnlich sich gleichzeitig Realismus Ost und Abstraktion West waren. Diese Ausstellung verweigert jede Eindimensionalität und deckt die

Widersprüche der deutschen Kunstgeschichte auf, erläutert, wie Hanno Rauterberg in seiner Rezension in der *ZEIT* formuliert hat, im Systemvergleich, dass politische Unfreiheit nicht der Kunst schaden muss und umgekehrt politische Freiheit fast schon bedrohlich sein kann. Diesen analytisch kühlen, aber mit Leidenschaft inszenierten Blick auf das Phänomen des Kalten Krieges in der Kunst, diesen Blick wünsche ich dem Podium, den wünsche ich uns allen in der aktuellen Diskussion.

## Martin Sabrow

---

Frau Staatssekretärin, Herr Minister, Herr Botschafter, meine sehr verehrten Damen und Herren,

700 laufende Forschungsprojekte zur DDR zählte eine Umfrage in den 1990er Jahren. Diese Zahl gilt bis heute als Symbol einer kurzzeitigen und dann bald wieder abgeflauten Aufarbeitungskonjunktur im Fach Zeitgeschichte. Wenn man schaut, was allein im Berliner Raum mit Hilfe des Bundesgedenkstättenkonzepts, des Berliner Mauerkonzepts, des Brandenburger Landesgedenkstättenkonzepts in den letzten Jahren an öffentlichen Präsentationen der nahen Vergangenheit entstanden ist oder gerade vorbereitet wird, dann lässt sich mit gutem Grund fragen, ob diese Konjunktur jetzt schlicht von den Archivplätzen auf die Ausstellungsräume übergeschwappt ist, um so neue Absatzchancen einer nach 1990 ausgefertigten Zeitgeschichte zu nutzen.

Fast möchte es so scheinen, wenn ich den kritischen Überlegungen einer großen deutschen Wochenzeitung folge. Eine drohende „Inflationierung der Erinnerung“ beklagte Heinrich Wefing in der *ZEIT*, als die Idee eines Museums des Kalten Krieges am Checkpoint Charlie konkretere Gestalt gewann. Und er warnte vor „einem Freilichtmuseum der Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts“ und einer Berliner Denkmalslandschaft, die in ihrer „Kleinteiligkeit und Spezialisierung, in ihrem Aktionismus und ihrem Misstrauen gegen die klassischen Formen der geschichtlichen Bildung, das Buch und den Schulunterricht, gerade das zu zertrümmern“ drohe, was sie eigentlich bieten wollte: „die historische Übersicht, den großen erzählerischen Bogen“.

Ich finde, dass wir gut daran tun, uns mit solchen Mahnungen ernsthaft auseinander zu setzen. Die Warnung vor einer uferlosen Memorialmöblierung der Republik hat ihre Berechtigung, und wer den historischen Eventismus unserer Zeit aus distanzierterer Perspektive verfolgt, kann sich sehr wohl an Nietzsches Mahnung aus den *Unzeitgemäßen Betrachtungen* erinnern fühlen, dass die „Übersättigung einer Zeit in Historie dem Leben feindlich und gefährlich“ sei, weil „durch dieses Übermaß [...] eine Zeit in die Einbildung (gerät), dass sie die seltenste Tugend, die Gerechtigkeit, in höherem Grade besitzt als jede andere Zeit“.

2009 begehen wir nicht nur den 60. Jahrestag der doppelten deutschen Staatsgründung und den 20. Jahrestag des Mauerfalls, sondern ebenso den – übrigens seltsam unbeachtet gebliebenen – 90. Jubiläumstag der Republikgründung, den 70. Jahrestag des Kriegeausbruchs 1939 und – last, but certainly not least – den 80. Jahrestag der Weltwirtschaftskrise. Und wir ahnen schon beklommen, was uns bevorstehen kann, wenn all das, was wir jetzt zur Erinnerung an die friedliche Revolution von 1989 aufbieten, sich in fünf Jahren womöglich noch runder und noch gewaltiger wiederholen wird.

Trotzdem trifft der Vorwurf der Erinnerungsinflationierung die Idee eines Museums des Kalten Krieges oder auch nur der europäischen Teilung in Berlin nicht. Er geht an der Lebenswirklichkeit und dem Selbstverständigungsbedürfnis einer Stadt vorbei, deren Bewohner und Besucher ihre Identifikationsbedürfnisse in starkem Maße aus der geschichtlichen Gewordenheit herleiten. Zeithistoriker profitieren davon, dass das Gedächtnis die Zukunft als Pathosformel der Zeit abgelöst hat. Doch wir engagieren uns nicht dafür, diesen Paradigmenwechsel zu denunzieren und gar zu bekämpfen, sondern wir engagieren uns dafür, ihn in der Gegenwart mit kritischem und selbstkritischem Fachverstand zu begleiten und in späterer Zukunft zu historisieren, wenn nach dem Fortschrittsboom auch der Besinnungsboom einmal Geschichte geworden sein wird.

So versteht das Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) seine Rolle im Dialog zwischen Fachwissenschaft und Öffentlichkeit. Es hat die Idee eines Museums des Kalten Krieges am Checkpoint Charlie oder an einem anderen Ort in Berlin mitinitiiert und von den ersten Ideenskizzen an fachlich und öffentlich begleitet, die Konrad Jarausch, Dieter Vorsteher und Hans-Hermann Hertle 2005 vorlegten. Dabei leitete uns der Gedanke, dass es dem zeitgeschichtlichen Gedächtnis guttut, auch die Aufarbeitung der SED-Diktatur in zeitlich und thematisch übergreifende Bezüge zu stellen. Damit wollten und

wollen wir mit unseren Mitteln der Tendenz zur Isolierung und Verinselung der Auseinandersetzung mit der DDR und der innerdeutschen Teilung entgegenwirken, die in der zeithistorischen DDR-Forschung nach 1990 nach unserer Auffassung dominant zu werden drohte und ebenso in der stark auf lokale Bezüge und Initiativen gestützten öffentlichen Erinnerung.

Ich glaube, dass die Idee eines Museums des Kalten Krieges in dieser Hinsicht ein Trendsetter zur Überwindung einer kleinteiligen und disparaten Erinnerungskultur werden kann. Auch in Brandenburg nehmen in diesen Tagen Überlegungen Gestalt an, mit Schloss Cecilienhof in Verbindung zur Glienicker Brücke einen Knotenpunkt des kulturellen Gedächtnisses zu schaffen, an dem die europäische und die globale Dimension der Systemkonkurrenz sichtbar wird, die die Bevölkerungsverschiebungen und Grenzverläufe, die Lagerbildungen und Sinnwelten des Ost-West-Konflikts bestimmte.

Natürlich kommen globale und regionale, gar lokale Perspektiven nicht mühelos zur Deckung. Ich kann die besorgte Frage nachvollziehen, ob ein so stark vom Täter-Opfer-Gegensatz durchtränkter Ort wie der Checkpoint Charlie der beste Ort ist, um ein mit übergreifenden Bezügen ausgestattetes Museum des Kalten Krieges zu schaffen, dessen Lernpotential ja nicht zuletzt auch in der Erkenntnis liegt, dass die feindlichen Gesichter des Kalten Krieges sich nicht selten verzweifelt ähnlich sahen. Und ich habe auch die stille Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass die Eingangshalle des Flughafens Tempelhof als Pendant zum Tränenpalast eine museale Rolle in der öffentlichen Erinnerung an die Zeit spielen wird, in der die geteilte Stadt Berlin Symbol, Opfer und Akteur einer geteilten Welt zugleich war.

Doch in jedem Fall braucht gerade der Konflikt der Erinnerungen und der Erinnerungsebenen die zeit-historische Fachwissenschaft, die den fachlichen Forschungsstand zur musealen Geltung bringt, historische Mythen hinterfragt, Ausstellungsthemen in weiterführende Deutungsperspektiven und Problem-horizonte einbettet. Die geschichtskulturelle Beratungstätigkeit des Faches Zeitgeschichte ist in den letzten beiden Jahrzehnten spürbar gewachsen, und die wissenschaftsbasierte Politikberatung bzw. Öffent-lichkeitsorientierung zählt zu den Kernaufgaben, die dem ZZf als Institut der Leibniz-Gemeinschaft gestellt sind.

In diesem Sinne hatten Hans-Hermann Hertle, Konrad Jarausch und ich 2005 in einem Memorandum festgehalten: „Für langfristige Planungen muss die Optik über das Bauwerk Mauer hinaus auf den Kontext ausgeweitet werden, in den das steinerne Grenzregime um Berlin herum gehört. Die Berliner Mauer ist nicht nur ein Berliner und nicht nur ein deutscher Erinnerungsort. Ihre Errichtung steht als Symbol für die Spaltung Europas und die Teilung der Welt, ihr Fall für deren Überwindung. Was Berlin fehlt, ist ein Museum des Kalten Krieges im Zentrum der Stadt. Wir brauchen einen Ort der reflektier-ten Erinnerung an die Teilung Europas und an ihre vielfältigen Dimensionen in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, die den Riss durch Berlin als Ausdruck des ein halbes Jahrhundert tief prägenden Gegensatzes zwischen zwei Welten erlebbar und erkennbar macht. Die Suche nach einer überzeugenden Form der Erinnerung verlangt eine Gesamtkonzeption, die sich dieser nationalen und europäischen Verantwortung bewusst ist.“

Aus der Idee, der Bedeutung des Kalten Krieges und seiner Überwindung auf diese Weise in Berlin stärker gerecht zu werden, sind mittlerweile konkrete Vorhaben geworden. Eines davon stellt unsere heutige Veranstaltung dar, es geht der Frage nach, welchen Beitrag die ehemalige Frontstadt des Kalten Krieges als Reflexions- und Erinnerungsort zu einer dauerhaften Auseinandersetzung mit der Teilung und Befreiung Europas leisten kann.

Dazu führt unsere Veranstaltung Wissenschaftler und Politiker aus dem In- und Ausland zusammen, die vielfach Beobachter und Akteure zugleich waren und heute die Zeit und den Begriff des Kalten Krieges aus sehr unterschiedlichen Perspektiven und mit sehr unterschiedlichen Argumenten reflektieren. Ich freue mich, dass wir Sie alle heute im Festsaal des Roten Rathauses von Berlin begrüßen dürfen, und ich denke, wir haben aufschlussreiche und diskussionsfreudige Stunden vor uns. Dazu wünsche ich unserem Zusammentreffen guten intellektuellen Ertrag und viel öffentliche Resonanz.

## Markus Meckel

---

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Kisseler, lieber Herr Professor Teltschik, lieber Herr Botschafter Barkley, lieber Herr Sommer, liebe Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

eigentlich ist Berlin in diesen Wochen und Monaten des Jahres 2009 mit einem anderen Jubiläum beschäftigt, mit der Erinnerung an 20 Jahre Friedliche Revolution und Fall der Mauer. Die Erinnerung und das Gedenken an diese Zeit jedoch sind sehr unterschiedlich. Wir haben in Deutschland dazu noch keine gemeinsame Sprache gefunden.

Im Deutschen Bundestag fassten wir vor einiger Zeit den Beschluss, dass wir in Erinnerung an die Ereignisse vor 20 Jahren in Berlin ein Denkmal errichten wollen. Doch schon als es um die Benennung ging, wurde es interessant. Die Initiatoren sprachen vor zehn Jahren von einem Einheits- und Freiheitsdenkmal. Dieser Titel wurde in die Diskussion im Deutschen Bundestag aufgenommen, als wir 2002 einen Gruppenantrag einbrachten. Ich selbst bin vehement dafür eingetreten, dass die Reihenfolge von Einheit und Freiheit im Titel verändert werden muss, denn es muss ein Freiheits- und Einheitsdenkmal sein. Erst die Friedliche Revolution – der Kampf der Menschen, der die Diktatur hinweggefegt hat – hat den Weg zur Einheit eröffnet. Insofern kommt es darauf an, sehr genau hinzusehen und zu überlegen, was man ausdrücken will.

Als wir am 9. November 1999 wiederum im Deutschen Bundestag eine Feierstunde abhielten, waren dazu der frühere sowjetische Generalsekretär der KPdSU und spätere Präsident Michail Gorbatschow, der frühere amerikanische Präsident George H. W. Bush und Helmut Kohl als der Kanzler zur Zeit der Deutschen Einheit eingeladen. Zudem sollte natürlich der damalige Kanzler Gerhard Schröder reden. Allerdings hatte man im Ältestenrat des Deutschen Bundestages vergessen, dass es sinnvoll sein könnte, auch einen Ostdeutschen zu Wort kommen zu lassen – denn schließlich hat der Fall der Mauer ja auch etwas mit den Ostdeutschen zu tun. Wir konnten dies nur noch nachträglich durchsetzen – und Joachim Gauck hat dann eine bemerkenswerte Rede gehalten.

Interessant ist ebenfalls, dass bis in diese Tage hinein – etwa in einem Papier einer großen deutschen Partei – davon gesprochen wird, dass am 9. November 1989 die SED die Mauer geöffnet habe. Auch hier kann ich nur sagen: Man sollte genau hinsehen! Ich bin nicht der Meinung, dass die Mauer von der SED geöffnet wurde. Es war eher ein Missverständnis bei der Pressekonferenz von Günter Schabowski; er informierte über ein neues Reisegesetz der SED, welches das Recht zur Ausreise enthielt. Damit lief die SED den Ereignissen hinterher, suchte nach Akzeptanz. Doch die Menschen gingen an die Mauer und hoben die Schlagbäume. Schon bei den großen Demonstrationen seit dem 9. Oktober war nicht geschossen worden – und seitdem war uns klar, dass dies auch am 9. November nicht passieren würde, dass wir es schaffen würden. Die Mauer fiel also unter dem Druck der Massen, sie wurde von innen aufgedrückt!

Das bedeutet, dass der Mauerfall in den Kontext der Friedlichen Revolution in der DDR gehört. Diese selbst ist wiederum Teil einer mitteleuropäischen Revolution, in welcher Freiheit und Demokratie den Sieg errangen. Dazu gehören der Kampf der polnischen Gewerkschaft Solidarność, der Runde Tisch und die halbfreien Wahlen in Polen im Jahr 1989, die Veränderungen in Ungarn 1988/89, die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze, wodurch die ersten Steine aus der Mauer genommen wurden, und schließlich der erste nichtkommunistische Ministerpräsident in Polen. Dies alles gehört in einen Zusammenhang mit den Ereignissen in der DDR! Die Voraussetzung dafür war aber, dass Michail Gorbatschow damals in der Sowjetunion mit Glasnost und Perestrojka neue Wege ging und nicht wie seine Vorgänger in früheren Jahrzehnten Panzer rollen ließ.

Die Berliner Mauer war das Symbol der europäischen, der globalen Teilung und des Kalten Krieges. Ebenso wurde ihr Fall zum Symbol für das Ende des Kalten Krieges. Im Deutschen Bundestag hat der Bundesbeauftragte für Kultur und Medien im vergangenen Jahr ein Gedenkstättenkonzept vorgelegt, welches nicht nur eine bessere Ausstattung der Gedenkstätten zum Nationalsozialismus vorsieht, sondern auch den Aspekt der kommunistischen Geschichte stärker ins Zentrum rückt. Besonders wichtig ist es, dass – auf die Initiative Berlins hin – darin auch ein Konzept zum Gedenken an Mauer und Teilung enthalten ist. Lange war es so, dass Touristen aus aller Welt in Berlin die Mauer suchten – sie jedoch nicht sofort finden konnten. Insofern sind wir sehr dankbar, dass Berlin und der Bund dieses Konzept auf den Tisch gelegt haben und umsetzen.

Doch liegt der Schwerpunkt dabei zumeist auf den Erfahrungen der Berliner und der Deutschen. Aber Berlin war eben nicht nur von lokaler Bedeutung. Hier – an der Berliner Mauer – waren die weltweit konkurrierenden Systeme direkt miteinander konfrontiert. Die amerikanischen Präsidenten von Kennedy bis Reagan verstanden diese Symbolkraft und haben sie politisch zum Ausdruck gebracht. Gleichzeitig war Berlin – ich erinnere an den Regierenden Bürgermeister Willy Brandt – die Stadt, in der in den 1960er Jahren die ersten Schritte einer Ost- und Entspannungspolitik unternommen wurden und in der wiederum Brandt als Bundeskanzler die Welt des Kalten Krieges veränderte. Er hatte eine Politik begonnen, die im Rahmen der KSZE in ein Vertragswerk komplizierter Art münden sollte. Selbst diejenigen, die damals dagegen waren, bekannten später – und ich erinnere dabei an Reden von Helmut Kohl im Deutschen Bundestag in den 1990er Jahren –, dass die Westbindung Adenauers und die Ostpolitik Brandts die beiden zentralen Säulen der deutschen Politik waren, die nicht unwesentlich zum glücklichen Ende der Ära der Konfrontation und der Teilung beitrugen.

Die deutsche Politik und die Situation der Teilung sowie ihrer Überwindung werden nur verständlich, wenn man die internationalen Zusammenhänge betrachtet. Es braucht einen Ort, an dem an die europäische und globale Teilung erinnert, an dem sie differenziert dargestellt wird. Wo sollte das geschehen, wenn nicht hier in Berlin! Deshalb treten wir, die Initiatoren und der große Kreis der Unterstützer, dafür ein, in Berlin am Checkpoint Charlie ein Museum des Kalten Krieges zu errichten.

Berlin muss seinen Besucherinnen und Besuchern aus aller Welt, die die Mauer suchen, ein Angebot machen: Sie müssen finden, was sie suchen, nämlich ihre eigene Geschichte, die mit Berlin in der Zeit des Kalten Krieges auf besondere Weise verbunden war. Für viele Menschen in der ganzen Welt – für Amerikaner, Briten und Franzosen, für Russen, Polen, Ungarn, Balten sowie für Menschen in den Ländern der damals so genannten Dritten Welt – ist Berlin Teil ihrer eigenen Geschichte. Das müssen wir ernst nehmen und dem müssen wir gerecht werden! Sie alle müssen hier in Berlin diesen Teil ihrer eigenen Geschichte wiederfinden.

Berlin ist es sich selbst und aller Welt schuldig, ein solches Museum des Kalten Krieges zu errichten. Jetzt gibt es dafür eine große Chance – und ich bin sehr dankbar, dass der Berliner Senat diese Chance ergriffen hat. Wir Initiatoren haben daraufhin versucht, einen breiten politischen Unterstützerkreis zu gewinnen. Und ich war überrascht, auf welche beeindruckende Weise dies gelungen ist. Viele der Angesprochenen haben unmittelbar „Ja“ gesagt, oder auch „Wo, wenn nicht in Berlin!“. Wir haben über die hier Anwesenden hinaus einen breiten Kreis von namhaften Politikern und Historikern aus Europa und Amerika zur Unterstützung unserer Initiative gewonnen. Viele von ihnen waren nicht nur Zeitzeugen, sondern haben die Entwicklungen der einen oder anderen Phase dieser Zeit mit beeinflusst. (Vgl. Anhang, S. 26 f.)

Ich bin sicher, dass dieses Museum kommen wird; es ist inzwischen mehr als eine Idee. Es wird kommen, es soll kommen und es soll für die Menschen auch deren eigene Perspektive widerspiegeln. Es muss ein multiperspektivisches Museum sein, in dem Russen und Amerikaner, Deutsche und Franzosen sich und ihre jeweils eigene Sichtweise wiederfinden können. Nur in der Zusammenschau können die verschiedenen Standpunkte und Deutungen die komplexe Situation des Kalten Krieges durchsichtig machen.

Ich freue mich sehr, dass die heutige Veranstaltung zustande gekommen ist und möchte mich sehr herzlich bei allen Unterstützern bedanken, insbesondere natürlich bei denjenigen, die heute teilnehmen, mitwirken und dieses Projekt durch ihre Beteiligung einer Realisierung näherbringen. Ich möchte dem Berliner Senat danken, der dieses Projekt mit so großem Engagement voranbringt.

## Horst Teltschik

Als Präsident Vladimir Putin am 10. Februar 2007 in seiner Rede auf der 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik offen und schonungslos alle Meinungsverschiedenheiten und Probleme mit den USA, mit der NATO und mit den europäischen Partnern ansprach, fragte ihn ein bekannter Herausgeber der *ZEIT*, ob diese Rede jetzt den „Beginn eines neuen Kalten Krieges“ bedeute. Er hatte damit die Schlagzeile für die deutsche und internationale Presse des nächsten Tages geliefert. Diese Debatte fand ihren neuen Höhepunkt im August 2008 anlässlich des „heißen Fünf-Tage-Krieges“ zwischen Georgien und Russland. Es war deshalb auch keine Überraschung, dass noch im gleichen Jahr ein neues Buch von Peter Scholl-Latour auf den Markt kam mit dem Titel *Der Weg in den neuen Kalten Krieg*.

Diese in jeder Weise oberflächliche und kurzatmige Betrachtungsweise und Analyse internationaler Politik ist schlicht ärgerlich. Mit leichtfertigen Analogien werden Schlussfolgerungen insinuiert, die neue Ängste schüren, obwohl sie völlig unzutreffend sind. Diese aktuelle und verfälschende Diskussion rechtfertigt für sich die Errichtung eines Museums des Kalten Krieges, um 45 Jahre Ost-West-Konflikt zu dokumentieren, der uns in den Jahren 1961/62 an die Grenze des III. Weltkrieges geführt hat. Und noch 1983 hat der sowjetische Generalsekretär Juri Andropow mit einem dritten Weltkrieg gedroht. Von solchen Bedrohungen kann doch heute wirklich keine Rede mehr sein.

Angesichts der Vielzahl von Historikern, die heute zu Worte kommen, werden Sie verstehen, dass ich keinen wissenschaftlichen Vortrag halten möchte. Da ich Angehöriger einer Generation bin, die den Kalten Krieg in verschiedenen Funktionen sehr unmittelbar erlebt hat, will ich Ihnen sehr persönliche Erfahrungen und Schlussfolgerungen zumuten.

Ich komme aus einer Familie, die seit 1301 in Mähren/Sudetenland gelebt hat, bis sie 1945 vertrieben wurde. Mein 80-jähriger Großvater wollte den Erbrichterei-Hof nicht verlassen und wurde von sowjetischen Soldaten erschossen. Mein Vater wurde 1914 als 18-Jähriger in den Krieg eingezogen, geriet schwer verwundet in sowjetische Gefangenschaft und kehrte erst 1922 aus Sibirien zurück. 1939 wurde er erneut eingezogen und konnte 1946 der sowjetischen Gefangenschaft entfliehen. Er verbrachte 15 Jahre seines Lebens im Krieg und fand sich am Ende mit seiner Familie als Flüchtling in Oberbayern wieder, ohne Hab und Gut und ohne Arbeit.

Ein Bruder von mir wurde im Februar 1945 mit 14 Jahren von einer Schule in Pilsen zur Wehrmacht eingezogen. Nach sechs Wochen Ausbildung wurde er als Soldat eingesetzt. Meine Mutter verließ im Februar 1945 mit drei anderen Söhnen, fünf und neun Jahre alt, das eigene Haus und kam nach mehreren Etappen im Frühjahr 1946 in einem Auffanglager in Bayern an.

Ich bin in einer Familie aufgewachsen, in der es hieß: Nie wieder Krieg. Nie wieder Faschismus, nie wieder Flucht und Vertreibung, aber auch: Keine kommunistische Diktatur. Den 17. Juni 1953 und den Ungarnaufstand 1956 haben wir am Radio sitzend mit ohnmächtigem Zorn verfolgt.

Meine Bundeswehrzeit von 1960 bis 1962 war von der Berlin-Krise und vom Kuba-Konflikt geprägt. Unser Panzerbataillon wurde 1961 kriegsmäßig mit scharfer Munition aufgerüstet, die Unterziehräume für den Krisenfall in der Nähe von Kassel besichtigt. Die völlige Ausgangssperre über mehrere Wochen machte uns den Ernst der Lage deutlich.

Im politischen Unterricht habe ich als Reserveleutnant das Dritte Reich durchgenommen. Ich musste nicht auf die 68er warten, um mich mit dem Nationalsozialismus und dem Kommunismus auseinander zu setzen.

Im Oktober 1962 begann ich mein Studium am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin. Die ersten Wochen schlief ich bei einem Freund, der noch während des Mauerbaus aus der DDR geflohen war. Im Winter 1962 ging ich wöchentlich zum Kohlenhändler, um die kontingentierten Briketts für den Kachelofen in meiner Studentenbude zu kaufen. In Ost-Berlin erlebte ich Freunde, die nach dem Bau der Mauer völlig resigniert hatten. Es waren gebrochene Menschen ohne Hoffnung. Sie brauchten lange, sich mit ihrem Schicksal abzufinden.

Ich erlebte die menschenunwürdigen Schikanen am Grenzübergang Friedrichstraße und die Tränen beim Abschied im *Tränenpalast*. Ich erlebte in den sechziger Jahren in Ostberlin die vierjährige Toch-

ter eines Freundes, die zu ihrem Vater sagte, sie wisse doch, was sie im Kindergarten sagen und nicht sagen dürfe. Der Vater hatte sie ermahnt, nicht zu erzählen, dass sie sich eine Sendung im Westfernsehen angeschaut hätten. 1968 musste ich um Mitternacht mein schlafendes Baby aus dem Kinderwagen nehmen und auswickeln. Was hätte ich schon aus der DDR schmuggeln sollen? Und heute diskutieren wir darüber, ob die DDR ein Unrechtssystem gewesen sei oder nicht!

Ich habe 1963 John F. Kennedy vor dem Schöneberger Rathaus erlebt. Die ganze Stadt lag ihm zu Füßen – auch die Berliner Studenten, als Kennedy die FU besuchte. Die vorausgegangene amerikanische Invasion 1961 in der Schweinebucht in Kuba und der verstärkte Einsatz amerikanischer Truppen 1963 in Vietnam noch unter Kennedy waren kein Thema. Viele der Studenten, die Kennedy zugejubelt und nach seiner Ermordung auf dem Kurfürstendamm demonstriert hatten, haben sich nach 1964 immer stärker gegen die USA engagiert. Die Krise in Berlin war ja dank amerikanischer Unterstützung vorbei.

Was in den folgenden sechziger Jahren in Berlin auffallend und anlässlich der Studentenrevolte für mich unverständlich war, dass der Schah von Persien, die Revolte in Nicaragua, der Krieg in Vietnam viele Studenten zu Protesten und Demonstrationen bewegten, aber Mauer und Stacheldraht, der Mord an DDR-Flüchtlingen, das unmenschliche System der DDR und selbst die blutige Niederwerfung des *Prager Frühlings* keine studentischen Proteste auslösten. Je entfernter die Konflikte, desto größer die Wirkung in Berlin. Am Höhepunkt der Kulturrevolution mit Millionen von ermordeten Chinesen zogen Berliner Studenten mit der roten Mao-Bibel in der Hand und Ho-Chi-Minh-Rufen über den Kurfürstendamm. Schriften von Marx, Lenin und Mao wurden nicht am *realen Sozialismus* der DDR oder der Sowjetunion gemessen, sondern waren die neue Bibel. Während in Frankreich die Intellektuellen nach der Lektüre von Solshenizyns *Archipel Gulag* begannen, sich wieder kritisch mit den kommunistischen Systemen auseinander zu setzen, blieb seine Veröffentlichung bei der so genannten APO ohne Resonanz.

Die Jahre 1958 bis 1962 waren Höhepunkte des Kalten Krieges, die die Welt an den Rand eines dritten Weltkrieges geführt haben. Sinnbild dafür waren die sowjetischen und amerikanischen Panzer, die sich im Oktober 1961 am Checkpoint Charlie in Sichtweite gegenüber standen, und die sowjetischen Raketen auf Kuba. Aber gerade diese Krisen waren auch der Ausgangspunkt für ein Umdenken in der deutschen Außenpolitik und in der Atlantischen Allianz.

Die seit 1955 verfolgte Hallstein-Doktrin hatte sich durch die realen Entwicklungen als unwirksam erwiesen. Als Gerhard Schröder 1961 Außenminister wurde, begann er mit Unterstützung des Bundeskanzlers Ludwig Erhard über die Einrichtung von Handelsvertretungen und den Abschluss von Handelsabkommen mit Polen, Ungarn und Rumänien erste Schritte einer neuen Ostpolitik einzuleiten. Die DDR blieb jedoch ausgeklammert.

Warum erwähne ich diese ersten Schritte einer vorsichtigen Öffnung deutscher Außenpolitik in Richtung Osten? Weil ich immer wieder überrascht bin, wie die Zahl der Väter der Wiedervereinigung von Jahr zu Jahr wächst und wer alles unablässig für die Wiedervereinigung gearbeitet habe.

Natürlich war die Ostpolitik von Außenminister Willy Brandt nach 1966 und vor allem dann von Brandt als Bundeskanzler eine wichtige Weichenstellung für eine Politik der Entspannung und der Zusammenarbeit mit dem Osten. Doch hatte nicht Konrad Adenauer 1955 die diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion aufgenommen und die Rückkehr aller deutschen Kriegsgefangenen erreicht?

Wäre Willy Brandts Ostpolitik möglich gewesen ohne vorherige Einbindung Westdeutschlands 1955 in die Atlantische Allianz und 1957 in die Europäische Gemeinschaft? Wie groß das Misstrauen unserer westlichen Nachbarn gegenüber einem möglicherweise wieder neutralen oder sich desintegrierenden Deutschland war, konnten wir doch noch 1989 erfahren, als zur Überraschung von Bundeskanzler Helmut Kohl selbst der französische Präsident Mitterrand, ganz zu schweigen von der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, zögerte, die Politik der Bundesregierung zur Wiedererlangung der deutschen Einheit zu unterstützen. Erst die Zusage von Bundeskanzler Helmut Kohl, die Währungsunion zu verwirklichen, und seine Initiative für eine politische Union im Januar 1990 sowie die klare Aussage, ein geeintes Deutschland müsse Mitglied der NATO sein, haben die bestehenden Bedenken unserer westlichen Bündnispartner weitgehend ausräumen können.

Im Übrigen bin ich fest davon überzeugt, dass der Erfolg der EG eine wichtige Funktion für die Veränderungsprozesse innerhalb der Warschauer-Pakt-Staaten hatte. Die EG wurde weltweit zum Vorbild für eine Politik der Versöhnung, der Freundschaft und engen Zusammenarbeit zwischen ehemaligen Erzfeinden, die bis 1945 unversöhnlich schienen.

Auch Willy Brandt hat seine Ostpolitik am Ende nicht ohne den Rückhalt seiner, wenn auch zögerlichen, westlichen Partner verfolgt. Er hatte nur den Mut, eine Führungsrolle zu übernehmen. Er war der erste westliche Außenminister, der im Frühjahr 1969 – wenige Monate nach der sowjetischen Invasion in der Tschechoslowakei und der Durchsetzung der Breshnew-Doktrin – den alten sowjetischen Vorschlag einer europäischen Sicherheitskonferenz, der späteren KSZE, aufgriff. Aber letztlich arbeitete auch er nicht ohne Netz.

Im Dezember 1967 hatte die NATO eine neue Sicherheitsstrategie beschlossen. In dem so genannten *Harmel-Bericht über die künftigen Aufgaben der Allianz* hatten sich alle Mitglieder auf eine Doppelstrategie verständigt, in der es wörtlich hieß: „Militärische Sicherheit und eine Politik der Entspannung stellen keinen Widerspruch, sondern eine gegenseitige Ergänzung dar.“ Das war eine weise Formel. Sie hat die Politik aller Bundesregierungen seit 1969 bis zur Wiedervereinigung Deutschlands bestimmt.

Es war eine außerordentlich erfolgreiche Formel, denn sie führte am Ende zur Überwindung nicht nur der Teilung Deutschlands, sondern auch des Kalten Krieges und des Ost-West-Konfliktes.

Ich frage mich heute stets, warum der Westen aus seinen eigenen Erfahrungen so wenig lernt. Haben wir in Europa nicht erlebt, dass eine Politik der politischen Isolierung, der wirtschaftlichen Sanktionen nicht nur zu nichts führt, sondern Spannungen nur erhöht und damit die Sicherheit gefährdet? Haben wir andererseits nicht erfahren, dass eine Politik der Entspannung, des Dialoges und der Zusammenarbeit auf der Grundlage garantierter Sicherheit Europa verändert hat?

Warum nutzen wir eine solche Strategie nicht gegenüber einem Land wie Iran oder Kuba oder Myanmar oder, oder? In Nordkorea wird es versucht, jetzt anscheinend auch gegenüber Weißrussland.

Die harte innenpolitische Auseinandersetzung über die Ostverträge von Willy Brandt ist unvergessen. Sicherlich hat sie auch zu persönlichen Verletzungen geführt. Zu Grunde lag die Sorge, ob die Ostverträge nicht zu einer endgültigen völkerrechtlichen Anerkennung des Status quo in Europa und vor allem der Teilung Deutschlands führen. Das war ja auch das erklärte Interesse der sowjetischen Führung.

Eine solche innenpolitische Kontroverse zwischen Regierung und Opposition sollte man aber auch funktional sehen, als eine Art Arbeitsteilung. Regierungen müssen im Interesse der Menschen miteinander reden und verhandeln und einen Modus Vivendi für die Zusammenarbeit finden, unabhängig vom jeweiligen politischen System. Die Opposition wie übrigens auch die Medien können gegenüber anderen Regierungen Positionen offen und unmittelbar artikulieren, ohne viel Rücksicht auf die Wirkungen bei Verhandlungspartnern nehmen zu müssen. Sicherlich hat auch das Grenzen. Aber solche öffentlichen Diskussionen können demokratische Regierungen in Verhandlungen nutzen, um ihren Partnern vor allem in autoritären Staaten deutlich zu machen, dass sie Ergebnisse brauchen, die sie zu Hause auch vertreten und durchsetzen können.

Der *Brief zur Deutschen Einheit* anlässlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages am 12.08.1970, von der CDU/CSU als Opposition durchgesetzt, war sicherlich ein Beispiel für ein solches Zusammenspiel, auch wenn die Übergabe in Moskau etwas dubios verlief. Dass eine Oppositionspolitik zu weit gehen kann, zeigte die unverständliche Ablehnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki von 1975 seitens der Unionsparteien. Es sollte dabei aber nicht übersehen werden, dass es der Parteivorsitzende der CDU war, Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl, der unter Androhung seines Rücktritts als CDU-Vorsitzender für die Mehrheit im Bundesrat sorgte. Er war es auch, der von Anfang an gegenüber den Ostverträgen von *pacta sunt servanda* sprach.

Die Schlussakte wirkte für immer mehr Menschen in den kommunistischen Staaten wie eine Sauerstoffzufuhr. Václav Havel schieb 1987 zum 10. Jahrestag der Charta 77: „Der Körper, der tot zu sein schien, gab auf einmal wieder Lebenszeichen. Die Geschichte kehrte zu uns zurück. Das Ende öffnete sich wieder. Vielleicht wird es wieder gewaltsam geschlossen. Ich glaube nicht daran, aber auch eine solche Möglichkeit kann ich nicht ausschließen. Doch auch wenn es tatsächlich geschehen würde, würden wir aus dieser leidvollen Welt nicht mit dem Gefühl scheiden, völlig überflüssige Dinge getan zu haben. Und das ist das Bewundernswerteste an der Sache.“ (*Die Welt*, 21.02.1987)

Doch die teilweise vorhandene Euphorie über die Entspannungspolitik sollte bald einen entscheidenden Dämpfer erhalten. Trotz der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte hatte die Sowjetunion mit Generalsekretär Leonid Breshnew an der Spitze ein Jahr später mit der Aufstellung nuklearer Mittelstreckenraketen (SS 20) begonnen. Sie waren ausschließlich auf Westeuropa gerichtet – trotz Entspannungspolitik.

1979 marschierte die Sowjetunion in Afghanistan ein. 1980 wurde Andrei Sacharow nach Gorki in die Verbannung geschickt, weil er es gewagt hatte, öffentlich gegen den Einmarsch in Afghanistan zu demonstrieren. Diese Politik der Sowjetunion sprach jeder Entspannungspolitik Hohn.

Zwar hatte sich Moskau 1972 mit dem SALT I-Vertrag und 1979 mit dem SALT II-Vertrag in bilateralen Verhandlungen mit den USA bereit gefunden, die strategischen Nuklearwaffen, die Trägersysteme und Gefechtsköpfe zu begrenzen, aber die nuklearen Mittel- und Kurzstreckensysteme blieben ausgeklammert.

Es war Bundeskanzler Helmut Schmidt, der als erster in einer Rede am 28. Oktober 1977 vor dem Londoner International Institute for Strategic Studies auf diese Entwicklung und die damit verbundene nukleare Erpressbarkeit Westeuropas hinwies. Das führte am 12. Dezember 1979 zu dem bekannten Doppelbeschluss der NATO. Auf der Grundlage der Harmel-Strategie war das ein konsequenter Schritt. Sicherheit und Entspannung sind die zwei Seiten einer Medaille.

Doch die Sowjetunion war zu einer Null-Lösung nicht bereit. Das musste Bundeskanzler Helmut Schmidt erfahren, als Breshnew im November 1981 zu einem viertägigen Besuch nach Deutschland kam. Das musste Bundeskanzler Helmut Kohl erfahren, als er im Juli 1983 mit Generalsekretär Juri Andropow in Moskau zusammentraf, der mit der Errichtung eines Raketenzauns und mit der Gefahr eines dritten Weltkrieges drohte.

Breshnew war seit Ende der siebziger Jahre ein schwerkranker Mann, der im Gespräch mit Helmut Kohl 1981 nur antworten konnte, wenn ihm sein Außenminister Gromyko auf einem Zettel die Antwort zuschob. Andropow war beim Gespräch mit Bundeskanzler Kohl ein von Krankheit gezeichneter Mann. Sein Nachfolger Tschernenko sollte auch nur noch ein Jahr leben. Ich weise auf diese Umstände hin, weil ein Mitarbeiter von Andropow mir später einmal berichtete, dass dieser 1982 bereits zu krank gewesen sei, um die weit reichenden Vorschläge der USA vom September 1983 noch im Politbüro diskutieren zu lassen. Sie blieben ohne Antwort.

In allen Fällen hatte die Nachfolgediskussion begonnen, die, weil institutionell nicht organisiert, immer eine Phase der Unsicherheit, der Schwäche und der Lähmung war. Wir können das heute wieder in Nordkorea beobachten. Zu dieser Handlungsunfähigkeit gesellt sich ein verstärktes Drohpotential nach außen.

Heute wissen wir, dass damals die sowjetische Führung auch auf die so genannte Friedensbewegung in Westeuropa, vor allem in Deutschland, gesetzt hat. Rund 500.000 Demonstranten auf den Bonner Rheinwiesen blieben nicht ohne Resonanz in der SPD. Helmut Schmidt hatte keine Mehrheit mehr für seine Politik in seiner eigenen Partei und Fraktion. Die Auswirkungen der Friedensbewegung reichten bis in das Präsidium der CDU. Öl in das Feuer goss 1983 Präsident Reagan mit seiner SDI-Initiative.

Viele wollen es bis heute nicht wahrhaben. Präsident Michail Gorbatschow hat es mir persönlich mehrfach gesagt. Beide westlichen Entscheidungen – amerikanische nukleare Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren und die Ankündigung von SDI – haben das Politbüro mit der Amtsübernahme von Gorbatschow in Moskau bewogen, einen Kurswechsel einzuleiten. Die sowjetische Führung wusste, dass sie sich ein neues Wettrüsten mit dem Westen nicht mehr leisten konnte.

Hätte die Bundesregierung 1983 dem Druck der Friedensbewegung nachgegeben, die die Mehrheit der Deutschen hinter sich wusste, gäbe es heute auch keine amerikanischen nuklearen Mittelstreckenraketen in Westeuropa, aber sie stünden noch in Russland. Heute gibt es auf beiden Seiten keine mehr. Jetzt müssten noch die Kurzstreckensysteme abgerüstet werden.

Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Dietrich Genscher hielten konsequent an der Politik von Helmut Schmidt fest und haben noch im gleichen Jahr die Bundestagswahlen gewonnen. Politiker können auch mit unpopulären Entscheidungen Wahlen gewinnen, wenn die Wähler erkennen, sie wissen, was sie wollen, sie kämpfen dafür und sie stellen sich mit vollem Risiko der Wahl. Davon bin ich zutiefst überzeugt.

Nach der Wiederwahl von Präsident Reagan 1985 gelang es Helmut Kohl wenige Wochen später in Washington, Reagan in einem von beiden unterschriebenen Kommuniqué auf die Wiederaufnahme der bilateralen Gipfelgespräche mit Moskau, auf die Wiederaufnahme von Abrüstungsverhandlungen festzulegen. Damit stellte er sicher, dass die Entspannungspolitik eine neue Chance bekam. Dieses Beispiel ist für mich ein Beweis dafür, dass eine Bundesregierung und die Europäer durchaus amerikanische Politik

beeinflussen können. Sie müssen nur selbst wissen, was sie wollen, und nicht nur abwarten, welche Initiativen die amerikanische Regierung ergreifen wird. Das scheint mir im Augenblick der Fall zu sein.

Generalsekretär Michail Gorbatschow war natürlich ein Glücksfall der Geschichte. Seine ab 1987 eingeleitete Reformpolitik von Glasnost und Perestroika veränderte die Sowjetunion. Damit schaffte er den Spielraum für die Demokratisierungspolitik in Polen und Ungarn. Das musste Auswirkungen auf die DDR haben.

Bundeskanzler Helmut Kohl, der die Entspannungspolitik seiner Vorgänger auf der Grundlage der Ostverträge konsequent weiterführte und weiter entwickelte, und das gilt auch hinsichtlich der DDR, war von Anfang an entschlossen, die Reformpolitik in Polen, in Ungarn und ab 1988 auch in der Sowjetunion zu unterstützen und damit den Druck auf die DDR zu erhöhen, ebenfalls Reformen einzuleiten oder sich weiter zu isolieren. Beides wäre zu einer Überlebensfrage der DDR geworden. Gleichzeitig intensivierte er die Beziehungen zur DDR in vielfältiger Form.

Als sich im Herbst 1989 nach der Öffnung der Mauer die Ereignisse überschlugen, entschied er sich, mit seiner *Zehn-Punkte-Rede* am 28. November im Deutschen Bundestag eine Strategie vorzulegen, wie die Einheit Deutschlands erreicht werden könne. Diese Strategie enthielt bewusst keinen Zeitplan. „Das Handeln von Helmut Kohl am 28. November 1989 war ein Beispiel von weltpolitischer Bedeutung“, schreibt Helmut Schmidt in seinem Buch *Außer Dienst*. Helmut Kohl habe die „Chance zur deutschen Vereinigung“ erkannt und „beschloß sie zu nutzen“. (S. 167) So war es. Und ich hatte das Glück, dabei zu sein.

Ich hätte mir deshalb gewünscht, dass in den Beiträgen der verschiedenen Professoren zur Begründung eines *Museums zum Kalten Krieg* auch einmal der Name von Helmut Kohl aufgetaucht wäre. Sein Beitrag zur Überwindung des Kalten Krieges begann nicht erst 1989, sondern mit den Ostverträgen 1970.

Vergessen wir auch nicht seine Beiträge zur europäischen Integration. Gemeinsam mit Präsident Mitterrand hat er den Binnenmarkt, die Wirtschafts- und Währungsunion, den Euro und den Beginn einer politischen Union durchgesetzt. Ohne diese europäische Einbindung wäre die Zustimmung aller unserer Nachbarn zur deutschen Einheit wesentlich zögerlicher ausgefallen.

1990 endete der Kalte Krieg. Im November 1990 unterzeichneten alle Staats- und Regierungschefs der KSZE-Staaten in Paris die Charta für ein neues Europa, ein Europa von Vancouver bis Wladiwostok, das, wie Gorbatschow damals sagte, ein Europa der Demokratien und der Marktwirtschaft sein sollte. Welch' ein Traum! I have a dream...

Warum haben wir diese Chance bisher so schlecht genutzt?

## ERWIDERUNG

### Richard C. Barkley

So seltsam es auch scheinen mag: Ich habe heute tatsächlich zum ersten Mal das Vergnügen, dieses historische Rathaus zu betreten. Während ich über vier Jahre in Berlin, sowohl Ost wie West, tätig war, durften nach der damaligen Praxis der Alliierten ihre Diplomaten keinesfalls ein offizielles Gebäude der Regierung von Ost-Berlin betreten. Das zu tun, sagte man, hätte bedeutet, dieser Regierung einen Status als rechtmäßiger Vertretung einer von uns nicht anerkannten Einheit zu gewähren. Nur die sowjetische Besatzungsmacht verfügte nach unserer Auffassung in diesem Sektor der Stadt über eine Machtbefugnis. Versuchen Sie einmal, den Sinn dieser Politik der jungen Generation zu erklären!

Wir sind heute hier versammelt, um zu versuchen, den Verlauf des Kalten Krieges und seine Auswirkungen auf das heutige Europa einzuschätzen. Ich muss zugeben, dass ich dafür nicht das ideale Alter habe, denn obwohl ich noch nicht anfangs, senil zu werden, bin ich doch zu alt und persönlich den Ereignissen zu nahe, um revisionistische historische Anschauungen dieser Zeit zu akzeptieren. Andererseits ist jetzt genug Zeit vergangen, so dass der Prozess einer leidenschaftslosen Analyse dieses als Kalter Krieg bezeichneten 40-jährigen Zeitraums einer starken ideologischen Rivalität begonnen werden kann. Deshalb begrüße ich es, dass das Berliner Forum diesen Prozess unterstützt, und kann mir keinen besseren Ansatzpunkt vorstellen, als über die *dämonisierenden Bilder* zu sprechen, die diese Zeit so beherrscht haben.

Natürlich unterscheidet sich die amerikanische Wahrnehmung des Kalten Krieges erheblich von der deutschen. Obwohl wir überall in Europa große Garnisonen unterhielten, war unser Engagement wirklich global und umfasste einige sehr heiße und ausgedehnte Kriege in Korea und Vietnam.

Trotzdem war es von Anfang an klar, dass der Hauptfokus Europa war. Dort waren die Linien am klarsten gezogen und die ideologischen, wirtschaftlichen und militärischen Rivalitäten am stärksten. Aufgrund der riesigen Armeen und Nuklearwaffenpotentiale, die sich gegenseitig in Schach hielten, hätte hier auch jede Fehlkalkulation die schlimmsten Konsequenzen haben können. Durch ihre Lage mitten im Zentrum Europas waren Deutschland und Berlin in amerikanischer ebenso wie in sowjetischer Sicht ein Schlüssel für die Zukunft Europas und deshalb war dort der Wettlauf zwischen Ost und West am heftigsten.

So sehr, wie Europa im Zentrum der Aufmerksamkeit der beiden Großmächte des Kalten Krieges stand, barg es ironischerweise doch auch den Keim für eine friedliche Lösung in sich. Sowohl bei den Vereinigten Staaten als auch bei der Sowjetunion handelte es sich um Staaten, die ich *periphere* europäische Mächte nennen würde. Damit meine ich, dass beide trotz mancher Charaktermerkmale, die sie von Europa unterscheiden, ihre gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Wurzeln in den europäischen Geistestradiationen haben. Sicherlich haben der Deutsche Karl Marx ebenso wie der Schotte Adam Smith erheblich zu der ideologischen Kluft beigetragen. Gleichzeitig teilten sie aber die Konzepte der Logik und Vernunft, die das westliche Denken seit Jahrhunderten bestimmt hatten. Und, was vielleicht entscheidend ist, suizidale Instinkte waren der westlichen Kultur, in der die Erreichung weltlichen Glücks das Ziel fast jeder Theorie und Ideologie war, vollkommen fremd. Das, so denke ich, implizierte zumindest ein gewisses Maß an Toleranz und Kompromissbereitschaft.

Nichtsdestoweniger waren insbesondere die frühen Jahre des Kalten Krieges von einer heftigen Rivalität und häufig von brutalen Repressalien geprägt. Ich erinnere mich noch gut an meinen ersten Berlin-Besuch als Student Anfang 1961, sechs Monate vor dem Bau der Berliner Mauer. Der sowjetische Sektor war mit Stacheldraht umzäunt, aber man konnte sich noch relativ frei bewegen. Ich befand mich in der U-Bahn in Ost-Berlin in Richtung Westen. Kurz vor dem Bahnhof Friedrichstraße zerrten die Vopos ein völlig verstörtes älteres Paar mit abgestoßenen Koffern aus dem Zug. Es war furchtbar, das zu beobachten. Aber ich fürchte, es war ein Vorfall, der sich in dieser intensiven Phase des Kalten Krieges nur allzu oft wiederholt hat.

In meiner diplomatischen Karriere durfte ich viel Zeit mit deutschen Angelegenheiten verbringen. Über die Hälfte der Zeit zwischen 1969 und 1990 war ich nacheinander in der Abteilung für Deutschland-Angelegenheiten des Außenministeriums, der amerikanischen Botschaft in Bonn, der US-Mission in Berlin und der amerikanischen Botschaft in der DDR tätig.

In der Tat war Europa in den 60er Jahren in einem Stadium relativer Ruhe angekommen, das nicht leicht zu erreichen gewesen war und in Schlüsselbereichen Osteuropas, zunächst in Ost-Berlin und Ungarn und dann viel später in der Tschechoslowakei, noch allzu oft durch Repression getrübt wurde. Auch gab es immer wieder Bedrohungen für die westliche Position in Berlin. Aber bis zur Zeit meiner persönlichen Beteiligung hatte die Bundesrepublik ein beneidenswertes Wirtschaftswachstum erreicht und eine allgemein akzeptierte Demokratie aufgebaut. Die DDR hinkte weit hinterher, aber ihre Bevölkerung, die sich der Grenzen voll bewusst war, die ihr durch die Mauer und ihre östlichen Verbündeten gesetzt wurden, hatte sich mit einem gewissen Maß von Akzeptanz in diesem Land eingerichtet. Und Berlin, in dem sich die Spaltung des restlichen Deutschlands widerspiegelte, hatte ebenfalls eine gewisse erleichterte, wenn auch etwas ängstliche Ruhe gefunden.

Meine erste Rückkehr nach Deutschland, 1971 nach Bonn, fand in einer bemerkenswerten Phase der politischen Ost-West-Beziehungen statt. Die USA und die Sowjetunion, konfrontiert mit besonders schwierigen Engagements in Asien und dem Nahen Osten, strebten in Europa Stabilität und Kooperation an und leiteten eine Periode der *Détente* ein. Inzwischen leitete eine selbstbewusst gewordene und florierende BRD mit Unterstützung der Alliierten ihre Ostpolitik ein, die die bestehenden Grenzen zu Osteuropa akzeptierte und der DDR eine eingeschränkte Anerkennung zugestand. Und im Rahmen dieser Politik verhandelten die Alliierten mit der Sowjetunion ein neues, erheblich verbessertes Zugangssystem in Berlin. Insgesamt gesehen veränderte dieser Prozess die politische und psychologische Landkarte Mitteleuropas beträchtlich.

1972 wurde ich zur US-Mission in Berlin berufen, wo ich die Verantwortung für den Bereich Innenpolitik der DDR übernahm. Insbesondere war es mein Auftrag, erste Annäherungsversuche an die ostdeutschen Funktionäre zu unternehmen, was jetzt möglich war, da wir uns der Anerkennung näherten. Und ich durfte tatsächlich 1974 die erste amerikanische Demarche beim Außenministerium der DDR einreichen. (Auch die letzte Demarche 16 Jahre später war mein Auftrag.) Ich erinnere mich, dass es um die Fischerei im Nordatlantik ging, denn sogar Fische waren ein Thema des Kalten Krieges. Ich erhielt auch den Auftrag, die Gebäude für unsere offizielle diplomatische Mission für die DDR auszuwählen, die in Ost-Berlin liegen sollten. Und ich gehörte dem amerikanischen Team an, das die angemessene Bezeichnung für unsere Botschaft wählte, die in einem Stadtteil liegen sollte, der aus Statusgründen nicht als Teil der Deutschen Demokratischen Republik anerkannt werden konnte. Ein heikles Thema, das aber durch die Erklärung, dass die Amerikanische Botschaft für die DDR und nicht in der DDR war, zufriedenstellend gelöst wurde. Wichtig war, dass wir in dieser produktiven Zeit etwas Wesentliches gelernt haben: Stabilität, und damit auch Berechenbarkeit, ist oft der Schlüssel zu Verhandlungsfortschritten.

Mein nächster deutscher Einsatz als politischer Berater in Bonn 1982 erfolgte ebenfalls in einem entscheidenden Moment. 1977 stellten die Sowjets in dem deutlichen Versuch, die transatlantische Allianz zu unterminieren, neue nukleare Mittelstreckenraketen in Osteuropa auf. Bundeskanzler Schmidt schlug Alarm und wies auf eine dramatische Abkoppelung der amerikanischen von den europäischen Waffenarsenalen hin. Die NATO reagierte mit einem Doppelbeschluss, in dem neue Raketen gefordert wurden, um dieser Bedrohung entgegenzutreten. Diese Entscheidung wurde von großen Teilen der deutschen Bevölkerung heftig angeprangert, was sogar zum Sturz der Regierung führte. Die neue Regierung hielt jedoch stand und der notwendige Level des nuklearen Gleichgewichts wurde wiederhergestellt. Und noch etwas haben wir gelernt: Solidarität angesichts eklatanter Herausforderungen ist die Voraussetzung für Stabilität.

Meine letzte Rückkehr nach Deutschland fand 1988 statt, als ich zum US-Botschafter für die DDR berufen wurde. Sicherlich war es eine Zeit voneinander unabhängiger politischer Unruhen und Aufstände in einer Reihe von osteuropäischen Staaten, insbesondere in Polen. Aber obwohl mir in intellektuellen Kreisen der DDR frühe Gerüchte über Hoffnungen auf Glasnost zu Ohren kamen, spürte ich nicht, dass der Level der Unzufriedenheit kurz vor dem Überkochen war. Tatsächlich erinnere ich mich, wie ich im März 1989 zu meiner Frau sagte, Ostdeutschland sei das langweiligste Land der Welt. Vielleicht lag das daran, dass ich jeden Tag das *Neue Deutschland* las. Jedenfalls dauerte es nicht lange, bis ich mich eines Besseren besann. Wir kennen alle die darauf folgenden Ereignisse. Dass sie dramatisch und umwälzend waren, ist eine Untertreibung. Ebenso wichtig ist jedoch die Tatsache, dass nichts davon ohne den Mut und die Entschlossenheit der Bevölkerung der DDR und ohne die Weisheit der Staatsmänner aller betroffenen Länder in Ost und West passiert wäre.

Natürlich liefen die Drähte zwischen Washington, Bonn und Berlin damals heiß. Die Ungewissheit war ungeheuer groß, besonders hinsichtlich der Reaktion der Sowjetunion. Trotzdem war Präsident Bush einer der ersten, der sich für die Vereinigung aussprach, unter der einzigen Bedingung, dass ein neuer deutscher Staat in den westlichen Institutionen verankert bleiben müsse. Tatsächlich war diese Einbindung aufgrund der deutschen Integration in die Europäische Gemeinschaft und des schon lange bestehenden deutschen NATO-Engagements niemals in Frage gestellt, ebenso wenig wie die Tatsache, dass ein erfolgreiches Ost-West-Abkommen sofort die Natur der NATO verändern würde. Was ja dann auch der Fall war.

Natürlich war die amerikanische Botschaft in der DDR durch die dortigen dramatischen Ereignisse äußerst in Anspruch genommen. Vor allem mussten wir Washington so gut wie möglich über die Entwicklungen auf dem Laufenden halten und Ratschläge anbieten, wie am besten vorzugehen sei. Und da wir überzeugt waren, dass die Sowjets der Schlüssel zum Erfolg waren, betonten wir, wie wichtig es sei, keine Aktionen zu unternehmen, die entweder in Schadenfreude über die Entwicklung bestehen oder eine militärische Reaktion auf welcher Ebene auch immer provozieren würden. Letztlich waren wir aber in erster Linie Zeugen der Ereignisse und des Erfolgs der Bevölkerung, die die Sache selbst in die Hand nahm und ihre Zukunft selbst bestimmte. Es war eine phantastische Zeit. Was sich daraus vielleicht zu lernen lohnt: Mauern und Geheimpolizei kommen nicht an gegen den Willen des Volkes.

Es ist jetzt die löbliche Aufgabe unter anderem des Berliner Forums, den Kalten Krieg hinter sich zu lassen und objektiv zu analysieren, was eigentlich passierte. Bei allem Eifer, mit dem man das tun wird, ist es meines Erachtens wichtig, das enorme Leiden, das stattgefunden hat, nicht herunterzuspielen.

Kriege brutalisieren, und der Kalte Krieg war keine Ausnahme. Und einige Dinge waren wirklich *dämonisch*. Archive allein können zum Beispiel nicht das Leid und die Verzweiflung des Gulags und das rücksichtslose Niederschlagen der Opposition erfassen. Wenn wir aber die Ereignisse im Gesamtkontext sehen und die Menschen ehren können, die eine der langwierigsten und schwierigsten Epochen der modernen Geschichte überwunden haben, wird es uns gelingen, ein angemessenes Denkmal für den Triumph des menschlichen Geistes zu errichten.

*Übersetzung: Annette Rhiel-Molière, Senatskanzlei Berlin*

### Christian Ostermann

Lassen Sie mich vorab sagen, dass ich das Vorhaben eines Museums zur Geschichte des Kalten Krieges außerordentlich begrüße. Es gibt in Berlin keine Gedenkstätte, kein Museum, keine Einrichtung, die die Geschichte des Kalten Krieges in ihrem globalen Zusammenhang bedenkt und erzählt. Dies ist natürlich nicht einfach, denn, wie wir alle wissen, dauerte der Konflikt über 40 Jahre und hatte zahlreiche Dimensionen. Hier wurde schon auf einige dieser Facetten hingewiesen: auf den ideologischen Konflikt, den Systemkonflikt, die machtpolitische, militärische, nukleare Auseinandersetzung, aber auch auf den wirtschaftlichen und kulturellen Konflikt. Der Kalte Krieg war ein multilokales, komplexes und in den Auswirkungen der Konfrontation auf die beteiligten und selbst die um Distanz bemühten blockfreien Gesellschaften annähernd *totales* Phänomen. Seine rasante Dynamik erklärte sich aus den machtpolitischen Bedingungen am Ende des Zweiten Weltkriegs, den Möglichkeiten und Grenzen eines potentiell weite Teile des Globus mit Zerstörung bedrohenden Krieges im Nuklearzeitalter und aus den als existentiell angesehenen, mit missionarischem Eifer verfolgten konträren Gesellschaftsentwürfen. Ein Konflikt also, der sich durch – wie es in der neuesten Forschung betont wird – erstaunliche Mehrdimensionalität und enorme Komplexität auszeichnet. Und ein erster Punkt wäre, dass ein Museum diese Mehrdimensionalität und Komplexität widerspiegeln sollte.

Zum Zweiten ist zu sagen, dass ein Problem darin besteht – und dies wird auch eine der Herausforderungen für das Museum sein, dass es heute kein *master narrative*, keine Meistererzählung des Kalten Krieges mehr gibt. Wir haben es heute mit einer Pluralität von Erzählungen zur Geschichte des Kalten Krieges zu tun, und diese Erzählungen, diese Verortungen hängen vom Erfahrungshorizont der Autoren und vielen anderen Faktoren ab. Das unterscheidet die heutige Situation von der in Amerika während des Kalten Krieges, in der es sozusagen historische Meistererzählungen, historische Schulen, gab. Zu nennen ist hier die traditionalistische Schule der Geschichtsschreibung zum Kalten Krieg, die in den 50er und 60er Jahren in den USA dominierte, die in orthodoxer Art und Weise den Ausbruch des Kalten Krieges, die Schuld an der Entstehung des Konfliktes, einer sowohl ideologisch, marxistisch-leninistisch wie auch traditionell imperialistisch motivierten, auf Expansion ausgerichteten Sowjetmacht zuwies und die Politik des Westens als *Eindämmungspolitik*, eben als eine Reaktion auf die sowjetische Politik beschrieb. Der Diskurs drehte sich besonders in diesen frühen Jahren vor allem um die Frage, wer am Kalten Krieg Schuld trage. Er begründete sich in erster Linie darin, dass die Geschichtsschreibung zum Kalten Krieg eine Fortsetzung der inneramerikanischen politischen Diskussion über die Richtigkeit, über Ziele und Zwecke der amerikanischen Außenpolitik während des Konfliktes war. Erst in den 60er Jahren brach dieser traditionelle Konsens vor dem Hintergrund des Vietnamkrieges auf. Revisionistische Historiker haben unter anderem auf wirtschaftliche, auch auf ideologische Momente in der amerikanischen Politik hingewiesen und ihr eine weitaus offensivere Funktion zugemessen.

In den 70er Jahren, in der Phase der Entspannungspolitik, kamen perzeptionstheoretische Ansätze hinzu. Entspannungspolitik setzte auf den Abbau von Bedrohungsvorstellungen. In diesem Sinne fokussierte auch die Geschichtsschreibung auf die Idee von Perzeptionen und Fehlperzeptionen, die auf beiden Seiten wesentlich zur Eskalierung des Kalten Krieges beigetragen hatten. Perzeptionen und Geopolitik rückten in den Vordergrund der Betrachtung, ideologische Prämissen und Systemkonflikt traten in den Hintergrund. Beide Seiten trugen in dieser Sicht Mitschuld am Aufbau der Spannungen. John Lewis Gaddis, der führende amerikanische Historiker des Kalten Krieges, trat sehr für diese post-revisionistische These ein.

Mittlerweile spricht auch Gaddis von einer *neuen Geschichte* des Kalten Krieges. Sicher ist es richtiger von *neuen Geschichten* des Kalten Krieges zu sprechen. Diese profitieren von dem Wissen um das Ende des Kalten Krieges. Dieses Wissen hat mithin zu triumphalistischen Interpretationen seitens einiger Historiker und Publizisten geführt. Aber das Ende des Konflikts befreite die Diskussion der Historiker von ihrer akuten politischen Brisanz, von der konstanten Politisierung. Mit zunehmender historischer Distanz kann seit dem Ende des Kalten Krieges in größerer Gelassenheit auf die Geschichte zurückgeblickt werden.

Die Historisierung des Kalten Krieges schritt voran mit der Kenntnis der mittlerweile zugänglichen Akten der Partei- und Staatsarchive der ehemaligen Kontrahenten. Zuerst öffneten sich die Archive in den Vereinigten Staaten, wo in den 70er Jahren die Akten für die Periode nach 1945 freigegeben wurden,

dann in Westeuropa und schließlich, nach 1989/1991, in der DDR, in Osteuropa und in Russland. Mittlerweile haben wir sogar zunehmend Zugang zu Archiven in Asien, vor allem in China. Ich verbringe viel Zeit damit, internationale Archive der Forschung zu erschließen, und gerade in den letzten Jahren machen die Chinesen in dieser Hinsicht sehr große Fortschritte. Im letzten Jahr konnten wir zum ersten Mal authentische Akten des chinesischen Außenministeriums für die Zeit des Kalten Krieges publizieren.

Diese neuen Quellen stellen nicht nur eine weitaus fundiertere Wissensbasis dar, sondern sie erlauben es uns, den Kalten Krieg als eine multidimensionale internationale Geschichte darzustellen, eine *Erzählung*, die den interaktiven Prozess des Konflikts aus der Perspektive beider Seiten wie auch der dritten Kräfte, der neutralen Staaten, erhellt. Für den Betrachter weitaus spannender kann nun der Kalte Krieg als wechselseitige Aktion und Reaktion nachvollzogen werden. Auch die Erzählerschaft hat sich verändert. Während des Kalten Krieges wurde die Geschichte überwiegend von amerikanischen Historikern und einigen wenigen westeuropäischen Kollegen geschrieben. Mittlerweile hat sich die Erzählerschaft internationalisiert und institutionell diversifiziert. Forschungseinrichtungen, die sich ausschließlich oder vornehmlich der Geschichte des Kalten Krieges widmen, finden sich nicht nur in den USA und Westeuropa. Es gibt sie eben auch in China, Albanien, Bulgarien, Ungarn oder Polen. Ich halte es für notwendig, diese internationale Forschungsgemeinschaft in den Diskurs über die Inhalte eines Museums zum Kalten Krieg einzubeziehen.

Auch die zentralen Fragestellungen haben sich in der internationalen Geschichtsschreibung gewandelt. Es geht nicht mehr nur um die Frage, wer für den Kalten Krieg verantwortlich war. Natürlich ist dies eine Frage, die nach wie vor kontrovers diskutiert wird. Da haben auch die zahlreichen neuen Quellen bislang zu keinem Konsens geführt. Aber es geht um weitaus mehr als um diese nur vor dem politischen Hintergrund zu verstehende Frage. Wie erklärt sich die Dauer der Auseinandersetzung, wie erklärt sich ihre Eskalation und ihre Deeskalation? Und wie kam es zu dem überwiegend friedlichen Ende? Das Interesse richtet sich in der internationalen Forschung heute zunehmend auf das Wesen der Konfrontation selbst, um deren Beginn und Abschluss wir nun wissen. Mit deren Bezeichnung als Kalter Krieg bediente man sich 1946/47 im Zeichen steigender amerikanisch-sowjetischer Spannungen eines zeitgenössischen, in seiner Bildlichkeit nur begrenzt aussagekräftigen Terminus. Welche Rolle spielten ideologische Prämissen während des Kalten Krieges im Vergleich, in der Gewichtung gegenüber machtpolitischen Interessen? Welche Rolle kam in einer grundsätzlich bipolar ausgerichteten Welt sekundären und tertiären Mächten zu, blockinternen Bündnispartnern, supranationalen Organisationen und transnationalen Bewegungen, ja selbst privaten Einrichtungen? War der Kalte Krieg ein in Europa entstandener und dort auch endender Konflikt, der sich zentral um das geopolitische Schicksal Europas drehte? Oder war der Konflikt letztlich eine neokoloniale Konkurrenz zweier kompetitiver Entwürfe gesellschaftlicher Entwicklung zur Moderne, wie es der norwegische, an der London School of Economics lehrende Historiker Odd Arne Westad beschreibt, der konsequenterweise den Hauptschauplatz des Kalten Krieges in den Entwicklungsländern verortet. Wie muss man, so fragen sich Historiker heute, das Verhältnis von inneren und äußeren Entwicklungen sehen? Für einen Konflikt, für den auf allen Seiten eine umfassende Mobilisierung staatlicher und gesellschaftlicher Ressourcen als erforderlich galt? Und wie beeinflusste die *Narration* des Kalten Krieges all die anderen, parallel verlaufenden historischen Entwicklungsstränge: Dekolonialisierung, die technische Revolution, die Dynamik regionaler und lokaler Konflikte, wie beeinflussten sie wiederum den Verlauf des Kalten Krieges, wie wirkten sie auf den Kalten Krieg zurück? Konsens im Sinne einer Meistererzählung besteht zu diesen Fragen nicht. Dennoch sollte eine auf dem neuesten Stand der Forschung beruhende inhaltliche Konzeption eines Museums des Kalten Krieges die Vielfalt dieser Fragestellungen und Perspektiven berücksichtigen.

## Horst Möller

---

Tatsächlich handelt es sich beim Kalten Krieg um eine europäische, um eine weltpolitische Angelegenheit und insofern stimme ich Herrn Meckel zu, dass man die Darstellung des Kalten Krieges nicht auf Berlin und auch nicht auf Deutschland beschränken kann. Wenn man bedenkt, dass der Kalte Krieg Jahrzehnte dauerte und in den Augen der Zeitgenossen auch gar nicht als transitorisches Phänomen gesehen worden ist, wie es uns heute erscheint, dann muss man sicher zwei Dimensionen berücksichtigen: Das eine ist die realhistorische Entwicklung, über die Herr Teltschik eindrucksvoll gesprochen hat, und das andere sind die Wirkungen, die sich aus seinem Ende 1989/91 ergeben. Wenn man bedenkt, dass der Kalte Krieg tatsächlich des Öfteren zu eskalieren drohte zu einem heißen Krieg, dass er ein

Gleichgewicht des Schreckens mit dem atomaren Patt herbeigeführt hatte, in dem kleinere Fehler einzelner Staatsmänner oder Militärs zu Katastrophen hätten führen können – zu Katastrophen, die die vorherigen Katastrophen des 20. Jahrhunderts in vielerlei Hinsicht noch überschritten hätten, dann kann man sich im Rückblick nur wundern, dass wir viele Jahre, selbst nach seinem Ende, so ruhig und so resigniert gedacht haben, es habe sich um eine doch ziemlich stabile Phase gehandelt. Die Mauer in Berlin war ein Symbol des Kalten Krieges.

Wenn ich an meine eigene Zeit denke – ich lebte bis 1977 in Berlin und war am Friedrich-Meineke-Institut tätig –, ist es frappierend, wie die Studentenbewegung, die Herr Teltschik geschildert hat, den Kalten Krieg so falsch beurteilt hat. Wir sehen daran, dass es nie nur um die Realitäten geht, die die Historiker herauspräparieren wollen, sondern immer auch um die Perzeption der Realitäten. Diese Perzeption verschiebt sich, man kennt eine Geschichte nur, wenn man das Ende kennt. Für den Kalten Krieg gilt das also erst seit den 1990er Jahren. Und wenn ich mich selbstkritisch frage: Habe ich mit der Wiedervereinigung gerechnet? – dann müsste ich antworten, ich habe immer gehofft, dass es sie geben wird. Ich habe eine Wiedervereinigung als Historiker, da man so viele Wendungen in der Geschichte kennt, auch nie für ausgeschlossen gehalten, habe mich immer dafür ausgesprochen, aber ich hätte nie angenommen, dass sie zu meinen Lebzeiten geschieht. Und insofern bin ich noch heute glücklich über dieses *Wunder*, das aber keineswegs wie ein Mirakel über uns hereingebrochen ist, sondern das Ergebnis vieler energischer, äußerst geschickter Schritte darstellt.

Dies führt zu der zweiten Frage, wenn man die Objektivität und die Perzeption der Geschichte differenziert: Es verschieben sich durch eine fundamentale Zäsur dieser Art tatsächlich die Gewichte. Das beginnt mit den Begriffen. Wenn man den Begriff *Wende* hört, merkt man, nicht nur weil er von Egon Krenz stammt, dass viele Menschen nicht begreifen, worum es wirklich geht. *Wende* ist ein ausgesprochen lascher Begriff, den man für alles Mögliche nimmt, machtpolitische Wende – Wahl Gustav Heinemanns zum Bundespräsidenten, moralisch-geistige Wende, als Helmut Kohl Bundeskanzler wurde, usw. Der Begriff *Wende* ist ein völlig untauglicher Begriff, wenn man daran denkt, dass es sich hier um einen weltpolitischen Vorgang handelt, ja um eine Revolution in Deutschland, in Europa und in der Welt. Eine Revolution, die, was man von früheren Revolutionen nicht kennt, durch diplomatische Kunst, durch vielerlei Einzelvorgänge und -verhandlungen eine friedliche Revolution blieb. Nicht allein, weil die Revolution in der DDR oder die Bürgerrechtsbewegung nicht in Gewalt eskaliert ist, sondern auch in dem Sinne, dass ein Problem, das über Jahrhunderte eine Rolle spielte, nämlich die schon seit dem 17. Jahrhundert ungeklärte deutsche Frage, das erste Mal in der Geschichte wirklich friedlich, ohne Konflikte, Kriege oder Siege über Nachbarn gelöst worden ist. Dieses ist für Deutschland ein weltrevolutionärer Vorgang. Und hier will ich die große Leistung von Helmut Kohl und seinen Mitstreitern hervorheben, weil sie oft unerwähnt bleibt. Aber es handelt sich auch um einen weltrevolutionären Vorgang für ganz Ostmitteleuropa. Denn: Solidarność in Polen und andere Reformbewegungen in kommunistischen Diktaturen haben gezeigt, wie porös das Machtgefüge im Warschauer Pakt tatsächlich war, wie wenig die Legitimation der dortigen Diktaturen durch Repression erreicht werden konnte. Es bleibt die Tatsache, dass aufgrund dieses weltgeschichtlichen Vorgangs alle ostmitteleuropäischen Staaten viel entschiedener, als sie das in den 1980er Jahren konnten, Demokratisierungen und Öffnungen zur Marktwirtschaft erlebt haben. Trotz aller zum Teil kuriosen oder absurden Streitereien haben wir nach 1989/91 eine Europäisierung erlebt, die eben nicht an der Elbe, nicht vor der DDR haltgemacht hat.

Diese weltgeschichtliche Revolution ist also ein wesentliches Thema. Die Schritte, die jetzt in der Erforschung, aber auch im Wandel der Erfahrung nach 1990 gemacht worden sind, dürfen nicht die Realität dieses Kalten Krieges in den Hintergrund drängen. Natürlich neigen wir Historiker in regelmäßigen Abständen nicht allein zu Kontroversen, sondern auch zu modischen Interpretationskategorien, natürlich auch zu neuen, zu innovativen. Trotzdem bleiben die politischen Voraussetzungen entscheidend: Bei diesem Kalten Krieg handelte es sich um eine zwar kalte, aber doch um eine Konfrontation mit extremem militärischen Bedrohungspotential, nicht nur um eine ideologische Systemkonkurrenz, sondern um eine Systemfeindschaft, um einen Wirtschaftskrieg, um eine Auseinandersetzung über Einfluss in der Dritten Welt, um eine kulturpolitische Auseinandersetzung – um nur diese Punkte zu nennen. Diese Realitäten sind ebenso unbestritten wie die Feststellung, dass es ja nicht nur den Kalten Krieg als Konfrontation gegeben hat, sondern auch dauernde Spannungsbemühungen. Da sind wir dann bei der Frage, die die Historiker immer besonders interessiert, und die in einer Ausstellung über den Kalten Krieg schwer zu visualisieren ist, weil es sich um Kausalerklärungen und Analysen handelt: Wie kam es zum Ende dieses Kalten Krieges, was sind die Ursachen? Wenn wir früher gesagt haben, das System

der Blöcke sei völlig stabil – und die Mauer bildete geradezu das zementierte Symbol dieser Stabilität – beobachten wir seit 1991 eine neue Unübersichtlichkeit. Aber wir müssen natürlich fragen, ob die weltpolitische Lage vor 1989 wirklich so stabil war. Welches waren die Wegmarken, welches die ausschlaggebenden Schritte? Natürlich kann man dann über die Ostpolitik reden, über Veränderung der außenpolitischen Koordinaten schon seit Ende der 1950er Jahre und dann besonders nach 1961, nach dem Mauerbau. Man kann über die KSZE reden, nur sollte man nicht so tun, als wenn all dieses geplant worden wäre als Schritt zur Wiedervereinigung. Es ist für Politiker sehr verführerisch zu sagen, „Ja, wir haben das ja immer so vorausgesehen.“ Historiker unterliegen einer anderen Verführung, nämlich zu sagen: Weil es jetzt so gekommen ist, musste es so kommen. Tatsächlich musste es überhaupt nicht so kommen. Es gab immer wieder höchst gefährliche Alternativen, die durch das verantwortungsbewusste Handeln der Staatsmänner, der Diplomaten, der Beteiligten überhaupt vermieden wurden. Hinzu kam eine völlig neue Qualität der Bürgerrechtsbewegungen. Solidarność hat es geschafft, in Polen immer bis an die Schwelle des militärischen Eingreifens der Sowjetunion zu gehen. Aber eben bis an die Schwelle, keinen Deut darüber hinaus. Denn sonst hätte es möglicherweise geendet wie 1953 in der DDR, wie 1956 in Ungarn oder 1968 in der ČSSR.

Diese Deutungsmuster, die wir entwickeln, müssen sich natürlich heute auch auf die Frage erstrecken, worin die mentalen Auswirkungen lagen. Wir haben wieder einmal erfahren, dass Demokratisierung kein simpler Vorgang ist, sondern dass sie letztlich ein, zwei Generationen dauert. Wir alle haben gehofft, in zehn Jahren, in 20 Jahren seien die Folgen überwunden, doch tatsächlich dauert ein mentaler Wandel länger. Und das wissen die Historiker auch. Man muss bedenken, was es bedeutet, dass auf deutschem Boden diejenigen, die als unter 70-Jährige 1989/90 die Wiedervereinigung und damit die Einführung von Demokratie, Rechtsstaat und sozialer Marktwirtschaft in ganz Deutschland erlebt haben, nie einen wirklich funktionierenden demokratischen Rechtsstaat aus persönlicher Anschauung kannten. Und auch die Weimarer Republik hat eben nicht dauerhaft funktioniert. Die Problematik des mentalen Wandels sehen wir heute stärker als früher. Und wir sehen natürlich auch schärfer, was in dieser ideologischen Systemkonkurrenz und Auseinandersetzung nur instrumentelles Beiwerk für Propaganda war und was fundamentaler Gegensatz. Wir sollten jedoch nicht vergessen, wer warum in dieser Auseinandersetzung gesiegt hat. Es waren die Demokratien, es waren die Rechtsstaaten, die liberalen Marktwirtschaften, auch wenn wir heute Krisen haben, die manchmal zu Rückschritten im Denken führen.

### **Sandrine Kott**

---

In der Tat ist der Kalte Krieg nicht nur ein deutscher Kalter Krieg, sondern ein europäischer Kalter Krieg, und man muss berücksichtigen, dass er in jedem Land anders geschehen und anders erlebt worden ist. Diese Frage des Erlebnisses, der Erfahrung scheint mir sehr wichtig.

Ich hatte nicht vor, hier als Französin aufzutreten, um so weniger als ich eine Biografie Bismarcks geschrieben habe und eigentlich eine Deutschland-Historikerin bin. Aber nach dem, was Horst Möller ausgeführt hat, muss ich unbedingt unterstreichen, dass die deutsche Situation doch spezifisch ist und dass es nicht in jedem Land so gelaufen ist wie in Deutschland. Ich muss doch betonen, dass der Kalte Krieg in Frankreich anders verlaufen ist und anders erfahren wurde. Folgendes muss berücksichtigt werden (und ich denke, das würde auch für Italien gelten, was ich hier berichte, ist nicht frankreichspezifisch). Es gab in Frankreich, wie Sie wissen, eine starke kommunistische Partei, die prosowjetisch war wie alle damaligen kommunistischen Parteien. Aber die Mitglieder der Partei haben sich selber nicht primär als Kämpfer für die Sowjetunion empfunden, sie wollten vor allem im eigenen Land eine andere Gesellschaft aufbauen. Und das ist das Interessante dabei: Der Kalte Krieg in Frankreich oder in Italien war weniger ein Krieg zwischen zwei großen Mächten als vielmehr ein interner Krieg zwischen einander widersprechenden Vorstellungen von der Zukunft, er war ein Bürgerkrieg. Die Lager standen sich in einem Land gegenüber und jede Seite hatte ihre Truppen, ihre Werte, ihre Subkultur. Tatsächlich war die Kommunistische Partei eine Zeit lang die stärkste Partei Frankreichs und konnte in den 1950er, den 1960er und auch noch in den 1970er Jahren – dann ist die Kommunistische Partei sehr viel schwächer geworden – zusammen mit ihren Schwesterorganisationen als eine Art Subgesellschaft funktionieren, vergleichbar mit der SPD im Kaiserreich. Das ist für Deutsche vielleicht schwer zu verstehen – oder zu akzeptieren. Aber dennoch ist es so gewesen.

Diese kommunistische Subgesellschaft war sogar stärker ausgeprägt, weil in Frankreich im Unterschied zum Kaiserreich, wo es nur ausnahmsweise sozialdemokratische Bürgermeister gab (wie im Elsass), in vielen Gemeinden – wie z. B. in dem, was man den *Roten Gürtel* von Paris genannt hat (aber auch in vielen anderen) – die Kommunisten an der Macht waren. Und deshalb waren für die Franzosen Kommunismus oder die Kommunistische Partei etwas Alltägliches, also nicht wirklich fremd und feindlich.

Ein bestimmtes Segment der Bevölkerung hat mehr oder weniger im Kommunismus gelebt, obwohl man in einem kapitalistischen Land war. Und es ist diese Mischung, die so hochinteressant ist, weil die Konfrontation innerhalb der Gesellschaft selbst bestand. Es gab Intellektuelle, es gab an der Uni zum Beispiel auch intellektuelle Fronten, die äußerst scharf waren. Insofern ist es ganz anders als etwa in Deutschland gewesen, wo der Kommunismus als sehr fremd und sehr feindlich empfunden wurde.

In diesem Zusammenhang möchte ich hervorheben, dass der Kalte Krieg nicht nur eine Sache der großen Politik, sondern auch eine Erfahrung der Leute gewesen ist, und das nicht nur in Frankreich. Was ich damit meine, ist, dass der Kalte Krieg das Leben jedes Bürgers geprägt hat. Politik war im Alltag präsent: Was man gelesen hat, wie man das gelesen hat, die Filme, die man gesehen hat, die Lokale, die man besucht hat, was man gekauft hat, wo man die Ferien verbracht hat, alles war politisch gefärbt. Was man heute als private oder persönliche Wahl betrachten würde, war politisch und vom Kalten Krieg geprägt.

In einem Museum über den Kalten Krieg ist es sehr wichtig, auch zu dokumentieren, was es für die Leute bedeutet hat, im Kalten Krieg zu leben, wie der Kalte Krieg den Alltag der Leute geprägt hat. Und dabei sollten nicht nur die Leute berücksichtigt werden, die darunter direkt gelitten haben, wie z. B. die Menschen in den östlichen Diktaturen, sondern alle Leute, auch die nicht direkt davon betroffenen, die vom politischen Diskurs betroffenen, die im Fernsehen sahen, wie die Welt in Freund-Feind-Bildern dargestellt wurde. Das hat sicher die Sozialisierung der Leute und die Art, wie sie Politik gemacht haben, sehr stark beeinflusst.

Und ich möchte noch zwei Punkte erwähnen. Man spricht zu Recht von Systemkonkurrenz. Aber es muss auch gesagt werden, dass diese Systemkonkurrenz in mancher Hinsicht produktiv gewesen ist. Greifen wir nur den sozialen Aspekt heraus. Seitdem es keine sozialistischen Länder mehr gibt – sozialistische Diktaturen, wie man in Deutschland sagt (auch das ein großer Unterschied zu Frankreich, wo *pays socialistes* – *sozialistische Länder* oder *démocraties populaires* – *Volksdemokratien* sogar in Schulbüchern steht). Das hat sicher mit einer bestimmten Wahrnehmung der Realität zu tun. Also, die Systemkonkurrenz hat dazu beigetragen, dass auch in den westlichen Ländern ein Sozialstaat bestand, der den eigenen Bürgern etwas bieten wollte in Konkurrenz zu den östlichen Ländern. Auch wenn man jetzt weiß, dass der Sozialstaat in den östlichen Ländern vielleicht nicht so gut war, wie man es sich gedacht hatte, so gab es doch die Vorstellung, dass die östlichen Länder in dieser Hinsicht etwas zu bieten hatten. Und durch die Systemkonkurrenz ist etwas Produktives entstanden. Denken wir auch an Raumfahrt. Dass die Amerikaner am Ende auf dem Mond gewesen sind, hängt auch damit zusammen, dass sie in Konkurrenz mit der Sowjetunion standen. Das sind nur zwei Beispiele, aber man könnte weitere nennen. Die Konkurrenz ist in gewisser Weise produktiv gewesen. Ich will nicht damit sagen, dass der Kalte Krieg gut ist, aber diese Seite gibt es auch und sie muss berücksichtigt werden; man muss sie reflektieren. Man muss darüber nachdenken, was man macht, wenn diese produktive Seite nicht mehr da ist. Dann muss man etwas Neues erfinden.

Und zweitens, trotz aller Divergenzen gab es doch Konvergenz. Es gab eine gewisse gemeinsame Modernität und sogar einen Austausch zwischen den Blöcken, der sicher viel lebhafter gewesen ist, als oft behauptet wird. Und dafür ist Berlin wichtig, weil Berlin ein Zentrum dieser Konfrontation zwischen Ost und West war. Interessant wäre eigentlich, zu untersuchen, wie sich dieser Austausch in Berlin vollzogen hat. Also zwischen den beiden Berlin, als Knotenpunkt sozusagen. Es gab auch andere Orte des Austauschs, wie z. B. die internationalen Organisationen. Da haben sich die Leute aus beiden Blöcken getroffen, sie haben miteinander gesprochen und haben sich verstanden. Das wäre auch etwas, was man noch gründlicher untersuchen sollte. Es gab nicht nur Konfrontation.

## Włodzimierz Borodziej

---

Ich beginne mit einer Erinnerung, die in Berlin spielt, im Frühjahr 1992. Ich war auf einer Konferenz hier, die sich als ziemlich langweilig herausstellte. Und mit Małgorzata Łukasiewicz, einer bekannten Übersetzerin deutscher Literatur und Philosophie, habe ich die Zeit genutzt und einen langen Spaziergang gemacht. Wir kannten beide West- und Ost-Berlin aus der Zeit vor 89.

Wir kamen an den Checkpoint Charlie und haben nur gestaunt. Da war bis auf das, was bis heute geblieben ist, nichts mehr. Wir waren – entsetzt wäre viel zu viel gesagt, aber irgendwie schon erschüttert, dass man ein solches Denkmal, das wir beide in Erinnerung hatten als etwas ausgesprochen Düsteres, aber auch europäisch Besonderes, einfach schleifen kann.

Ich komme auf den Satz von Horst Möller zurück, dass man die Realität des Kalten Krieges in dem entstehenden oder angedachten Museum nicht verdecken soll, und muss ein wenig ausholen. Der große Mann der polnischen Opposition Jacek Kuroń hat mehrmals beschrieben, wie er von einem zwar unorthodoxen, dennoch glühenden stalinistischen Jugendfunktionär zu einem Revisionisten, politischen Häftling und heldenhaften Oppositionellen geworden ist. Und da spielen natürlich die polnischen Zäsuren, 56, 68, 70 und Solidarność die entscheidende Rolle.

Das Ausland bleibt dabei stets ein wichtiger Bezugspunkt, vor allem die Riesensympathie für Ungarn 1956. Die Tschechoslowakei 1968 war für diese Generation ebenfalls von Bedeutung. 1953 hingegen, die DDR – kommt in den drei autobiografischen Büchern Kurońs an einer einzigen Stelle mit insgesamt sechs knappen Sätzen vor: „Im Juni 1953 wurde der Aufstand der Berliner Arbeiter brutal niedergeschlagen. In Polen hat dies kaum jemanden traurig gemacht, weil seit dem Krieg erst acht Jahre vergangen waren und die Stimmung antideutsch geblieben war. Als ich sagte, hier sei der Widerstand der Arbeiterklasse gebrochen worden, lachten meine Kollegen. Ich fühlte mich einsam in der Beurteilung dessen, was in Deutschland geschehen war. Für mich bedeutete Arbeiterbewegung – egal ob deutsch, russisch oder polnisch – etwas. Aber die meisten Menschen haben sich gefreut, dass die Sowjets den Deutschen eins drübergegeben haben.“

Aus dem Jahr des Mauerbaus kennen wir relativ viele Quellen. Sie lesen sich ähnlich wie die aus der Zeit der Kuba-Krise im folgenden Jahr: Hamsterkäufe und elementare Angst vor dem Dritten Weltkrieg. Aber im August 61 ist – zumindest aus den Berichten, die ich kenne – keine Sympathie für die Deutschen herauszulesen, was mich zu der Vermutung verleitet, dass es eben in dieser vom Kalten Krieg zugedeckten internationalen Wirklichkeit durchaus sehr viel weiter reichende Traditionslinien gibt, und dass die Mauer in Polen – das ist die Stimmung, in der ich aufgewachsen bin in den 1960er Jahren – ich formuliere das jetzt absichtlich brutal, dass die Mauer in Polen von vielen Menschen als eine gerechte Strafe empfunden worden ist. (*Zwischenruf Sandrine Kott: „In Frankreich auch.“*) Und nicht nur in Frankreich.

Ich würde sagen: mindestens zwei Jahrzehnte lang. Der Prozess des Umdenkens, dass die Mauer nicht die Lösung des Problems, sondern selbst ein Problem darstellt, und zwar nicht nur ein deutsches, sondern ein europäisches und damit auch polnisches Problem, fängt meines Wissens in den späten 1970er Jahren an und führt dann in den 1980er Jahren sozusagen zu einer umgekehrt gelagerten Stimmung, die es Herrn Horst Teltschik im Spätsommer und Herbst 1989 ermöglicht, vernünftige Gesprächspartner zu treffen, mit denen man sich schnell verständigen kann. Dieser Wandel der europäischen Perzeption der Mauer – wie Sie sehen, trifft das nicht nur auf Polen zu – wäre auch ein Thema für dieses Museum.

Der nächste Punkt. Wir befinden uns in dem Jubiläumsjahr 2009 – das ist schon mehrmals angesprochen worden – und da gibt es in Polen einen permanent wiederkehrenden Vorwurf, dass über den Fall der Mauer die Vorgeschichte vergessen wird. Gemeint ist nicht Gorbatschow, der wird ja nicht vergessen, sondern die Solidarność. Markus Meckel hat bereits darüber gesprochen, ich mache es kurz: Nehmen wir das Leaflet, das wir als offizielles Begleitmaterial zu unserer Veranstaltung bekommen haben (ich weiß, ein Leaflet ist keine enzyklopädische Abhandlung). Darin lesen wir im Abschnitt Vorgeschichte genau das, was meine Landsleute verständlicherweise auf die Palme bringt: „Die politischen Änderungen in der Sowjetunion, die massenhafte Flucht von Bürgern und Bürgerinnen aus der DDR und die wachsende Zahl der Demonstrationen setzen das SED-Regime unter Druck...“ Es ist tatsächlich so, dass man in Deutschland – keineswegs immer, und hoffentlich immer seltener – vergisst, was die Vorgeschichte dieser Bilder vom November 89 ist. In einem europäischen Museum darf man sie nicht vergessen. Andererseits darf man anderswo auch nicht vergessen, dass die Ikone dieses Jahres 89 eben die Berliner Mauer ist.

Ich habe vor einer Stunde über der polnischen Botschaft Unter den Linden das Banner gesehen „Es begann an einem runden Tisch“ mit dem dazugehörigen Riesenfoto. Das ist, obwohl voll und ganz richtig, ein echtes Antisymbol, sozusagen das perfekte Gegenteil zur Erstürmung der Bastille: 57 Männer mittleren Alters sitzen an einem runden Tisch und reden. Medial gesehen: ein Verhütungsmittel. Wir, die Polen, haben damit intern und international ein Problem: Obwohl das Patent für den verhandelten, friedlichen und erfolgreichen Übergang von der Diktatur in die Demokratie an der Weichsel erfunden worden ist, fehlen uns zu Hause und im Ausland die Bilder, mit denen man die Vorreiterrolle ebenso wie den Inhalt – den revolutionären Gehalt dieses Vorgangs – in Erinnerung rufen könnte. In einem Museum lässt sich das nachholen.

Dann bin ich in der Vorbesprechung gefragt worden, ob ich etwas zur Wahrnehmung von Berlin vor 89 sagen könnte. Ich habe mir dazu einen Dialog mit einem Bachelor-Studenten ausgedacht, den ich so noch nie geführt habe. Einleitend sei gesagt, es handelt sich bei meinem imaginären Gesprächspartner nicht um einen 16-Jährigen, der sich nicht für Geschichte interessiert, denn der weiß – in Polen und anderswo – überhaupt nicht, dass es eine DDR gegeben hat, und wenn er den Begriff hört, kann er mit ihm herzlich wenig anfangen. Wir stellen uns vielmehr einen 20-Jährigen vor, der Geschichte studiert. Wir sind in einer Prüfung über das 20. Jahrhundert, wir kommen zum Kalten Krieg und ich frage ihn: „Weswegen war Berlin wichtig für die Polen nach 45?“ Dann antwortet er wahrscheinlich: „Die Mauer.“; soviel wird er als Bachelor-Student wissen. Und wenn er intelligent ist, fügt er hinzu: „Das ist die westliche Großstadt, die am nächsten zur volkspolnischen Grenze lag.“ Ich frage ihn: „In welche westlichen Länder durften die Bürger Volkspolens ohne Visum reisen?“ Weiß er vermutlich nicht; das waren in den 70er Jahren Österreich, Finnland, Schweden und West-Berlin. „Aha“, sagt er. Meine nächste Frage: „Jetzt sagen Sie mal, warum sind denn nicht Millionen von Polen nach West-Berlin gefahren, wo sie doch kein Visum gebraucht haben, lag ja wieder am nächsten, viel näher als Helsinki, Stockholm, auch näher als Wien?“ Die vorhersehbare Antwort: „Weiß ich nicht.“ Nächste Frage: „Wissen Sie, wie man in die DDR fahren konnte in den 70er Jahren?“ Antwort: „Nein.“ Wir kommen allmählich darauf, dass man für die DDR-Grenze zuerst einen Pass für sozialistische Länder brauchte, seit 1972 nur noch einen Personalausweis, hingegen für West-Berlin weiterhin einen Pass für kapitalistische, westliche Länder, der unvorstellbar schwieriger zu bekommen war als jener für die sozialistischen. Nun ist der Student wirklich ratlos und fragt zurück: „Wieso gab es so viele Arten von Pässen, was sollte das Ganze?“ Und so könnte ich diesen imaginären Dialog fortsetzen über die Wahrnehmung der beiden Berlin vor 89 bzw. darüber, was davon übriggeblieben ist; meines Erachtens – sehr wenig.

Kommen wir jetzt konkret auf die Idee des Museums zurück: Selbstverständlich gehört ein solches Museum nach Berlin. Ich kann Ihnen dabei nur drei Dinge wünschen: erstens, dass der Ost-West-Gegensatz, den Markus Meckel und ich hier angesprochen haben, bei dieser Gelegenheit nicht vertieft wird; das ist wirklich nicht notwendig; dass zweitens die geistigen Architekten dieses Projektes nicht in den vorhin von Martin Sabrow angesprochenen Nietzscheschen Gerechtigkeitswahn verfallen. Das wird man nie völlig gerecht machen können und die Welt wird durch ein solches Museum auch nicht gerechter. Mein dritter und letzter Wunsch: Sie haben in den Unterlagen für diese Tagung eine Broschüre mit einem Aufsatz von Karl Schlögel bekommen, in dem es unter anderem um den Express Paris–Moskau geht in den 70er und 80er Jahren. Ich wünsche Ihnen, dass in diesem Museum das, worüber Schlögel schreibt, zur Sprache gebracht werden kann – Farben, Formen, Gerüche der Vergangenheit.

Meine Lage ist schwierig, so sehr ich mit dem sympathisiere, was Herr Ostermann gesagt hat, dass es eben kein provinzielles Museum werden soll. Andererseits ist die Vorstellung, dass man den ganzen Kalten Krieg in den Blick bekommt, erstens einigermaßen schwer zu realisieren; zweitens sagt mir mein Gefühl, dass die in letzter Zeit entstandenen bzw. heute entstehenden Museen von imperialen Geschichtserzählungen mehr und mehr abgehen. Das Beispiel, das Sie zu Recht erwähnt haben: der chinesisch-sowjetische Konflikt – wie kann man ihn in Berlin ausstellen, wenn nicht als blutleere Pflichtübung? Das sehe ich wirklich als Problem an.

Meine Vermutung, die sich nicht zuletzt auf die Erfahrung älterer Kollegen stützt, ist: So setzen sich, wie es in der politischen Kultur Deutschlands üblich ist, die Historiker zusammen und streiten. Ein langes Papier entsteht. Und dann kommen die Visualisierungsspezialisten, die sagen: „Das geht nicht, das auch nicht und das können wir überhaupt nicht. Ihr müsst das Ganze noch einmal umschreiben.“ Womit der Denkprozess noch einmal von vorne anfängt. Die großen europäischen Museen des 20. Jahrhunderts hatten – nach Schätzung meines kenntnisreichen Kollegen Krzysztof Pomian – eine durchschnittliche Entstehungszeit von etwa zehn Jahren.

**Konrad H. Jarausch**

**Die Bedeutung des *Kalten Krieges* und seiner Überwindung für das heutige Europa. Bericht über eine öffentliche Diskussionsveranstaltung**

Im Festsaal des Berliner Rathauses fand am 20. März 2009 in Anwesenheit von mehreren Botschaftsvertretern und rund 250 weiteren Gästen aus der interessierten Öffentlichkeit und der Wissenschaft eine Diskussionsveranstaltung zur Vorbereitung eines Museums des Kalten Krieges statt. Aus den Eröffnungsbeiträgen von Horst Teltschik, Vize-Kanzleramtschef und außenpolitischer Berater Helmut Kohls von 1983 bis zur deutschen Wiedervereinigung, und Richard C. Barkley, 1988 bis 1990 letzter US-Botschafter in Ost-Berlin, sowie aus den Statements der vier international renommierten Zeithistoriker Włodzimierz Borodziej (Polen), Sandrine Kott (Frankreich), Horst Möller (IFZ München) und Christian Ostermann (USA) gingen folgende Ergebnisse hervor:

1. Diese Veranstaltung unterstrich noch einmal die eminente Wichtigkeit des Themas *Kalter Krieg*, denn ein halbes Jahrhundert lang waren die Welt, Europa, Deutschland und Berlin geteilt. Für lange Jahrzehnte war der Ost-West-Konflikt eine dominante Bedingung der internationalen Politik wie des täglichen Lebens. Gleichzeitig vergegenwärtigten die Vorträge die militärischen Gefahren und die Intensität der jeweiligen Feindbilder – erinnerten aber auch an ihre schließlich gelungene Überwindung, aus der sich eine hoffnungsvolle, positive Botschaft für die Welt ergeben hat. Vor allem machten die Ausführungen von Horst Teltschik deutlich, wie tief der Kalte Krieg in das Leben der Einzelnen eingegriffen und ihre politischen Entscheidungen geprägt hat. Es zeigte sich darüber hinaus, dass sich die wissenschaftlichen Diskussionen mit zeitlichem Abstand von der Schuldfrage zur Frage der Ursachen, des wechselhaften Verlaufs und des überraschenden Endes verlagert haben, so dass die Realgeschichte der Konfrontationen, Krisen und Entspannungsversuche nun aus einer weniger ideologisierten Perspektive in den Blick kommt. Gleichzeitig hat sich durch die Frage der kulturellen Prägung in den Köpfen der Beteiligten das Interesse von den Ereignissen selbst zur individuellen oder gesellschaftlichen Erinnerung verschoben.
2. Die Vorträge und meisten Reaktionen aus dem Publikum begrüßten die Schaffung eines Museum der Teilung Europas und ihrer Überwindung. Aus der Diskussion über das Mauergedenken war die Idee entstanden, dass das Haus am Checkpoint Charlie mit seinen interessanten Exponaten durch eine wissenschaftlich fundiertere Ausstellung ergänzt werden sollte, um den weltpolitischen Kontext anhand seiner Auswirkungen auf den konkreten Ort darzustellen. Der Bundestagsabgeordnete Markus Meckel und ich formulierten daher einen Aufruf zur Gründung eines Museums des Kalten Krieges am historischen Ort, das ein neues Verständnis des Ost-West-Konflikts jenseits der Feindbilder stiften und eine europaweite Ausstrahlung erreichen sollte. Aufgrund der Unterstützung von prominenten Politikern, wie James Baker, Władysław Bartoszewski, Roland Dumas, Václav Havel und Hans-Jochen Vogel sowie von Wissenschaftlern wie Timothy Garton Ash oder Sergei Kovalev, sowie angesichts der Ermunterung durch die Kulturverwaltung des Landes Berlin entstand eine informelle Arbeitsgruppe, die an der Verwirklichung dieses Plans gearbeitet hat. Diese Initiative sieht sich nicht als Konkurrenz, sondern als komplementär zu den bestehenden Einrichtungen wie dem Alliiertenmuseum, dem Museum Karlshorst und dem Museum Haus am Checkpoint Charlie.
3. Die Debatten trugen auch zur argumentativen Begründung einer neuen Einrichtung in einer Stadt bei, die bereits zahlreiche zeithistorische Museen besitzt. Zwei Jahrzehnte nach dem Ende des Kalten Krieges ist seine Bedrohung dabei, dem Vergessen anheimzufallen, obwohl seine Feindbilder noch in vielen Köpfen nachwirken. Mittlerweile ist eine ganze Generation herangewachsen, welche die Krisen und Entspannungsversuche nur noch aus Schulbüchern kennt. Gleichzeitig hat der Zugang zu neuen Quellen, vor allem in Russland, manche wissenschaftlichen Interpretationen verändert, deren neue Einsichten einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden sollten. Statt der gegenseitigen Schuldzuweisungen durch die Supermächte sind nun die vermittelnde, friedensstiftende Rolle Europas sowie der globale Kontext der Auseinandersetzungen in der Dritten Welt stärker in den Vordergrund getreten. Wegen der eigentümlichen Mischung von Amnesie und Nachwirkung des Kalten Krieges ist es notwendig, den Triumphalismus der Sieger ebenso wie das Äquidistanz-Argument der Verlierer zu

überwinden, um den Ost-West-Konflikt kritisch zu historisieren. Diese Aufgabe kann nicht allein durch die erweiterte Mauergedenkstätte an der Bernauer Straße übernommen werden (da diese vor allem auf die Teilung Berlins ausgerichtet ist), sondern verlangt einen breiteren, weltpolitischen Ansatz.

4. Die Vorträge und Podiumsdiskussionen halfen ebenso bei der Präzisierung des inhaltlichen Konzepts eines solchen Museums des Kalten Krieges. Dabei standen folgende Gesichtspunkte im Vordergrund: Die Erinnerung an den Ost-West-Konflikt muss von der militärischen Bedrohung des Wettrüstens und den diplomatischen Krisen wie den Entspannungsbemühungen ausgehen, aber auch die neuerdings diskutierten sozialen und kulturellen Dimensionen der Auseinandersetzung berücksichtigen. Um eine deutsche Nabelschau zu verhindern, sollte der regionale Fokus auf der anfänglichen Rolle Europas als Objekt und in der letzten Phase auch als vermittelndes Subjekt des Konflikts liegen. Dabei ist das globale Ausmaß der Konfrontationen in Asien, Lateinamerika und Afrika immer einzubeziehen – allerdings eher in seinen Auswirkungen auf Berlin, da eine Gesamtdarstellung der weltweiten und teilweise sogar heißen Kriege den Rahmen einer solchen Einrichtung sprengen würde. Wichtig wäre es vor allem, dass in der zu schaffenden Ausstellung die betroffenen Berliner ihre unterschiedlichen Erfahrungen mit dieser Zeit ebenso wiederfinden können wie Besucher aus anderen Teilen Deutschlands, Europas und der Welt. Weil die jüngere Forschung eine einheitliche Meistererzählung des Kalten Krieges dekonstruiert hat, sollte das Museumskonzept für konkurrierende Interpretationen offen sein.

5. Alle Kommentatoren stimmten darin überein, dass Berlin als Fokus wiederholter Krisen und als durch die Mauer geteilte Stadt der geeignete Standort für die Musealisierung der Erinnerung an die Teilung des Kontinents ist. Der Checkpoint Charlie bietet sich als historischer Ort für eine solche Ausstellung an, weil er schon jetzt fest im Berlin-Tourismus verankert ist. Die überraschend positive Resonanz auf die vom Berliner Forum für Geschichte und Gegenwart und dem Zentrum für Zeithistorische Forschung vorbereiteten und vom Senat in Auftrag gegebenen Galeriewand zeigt ein starkes Bedürfnis lokaler, nationaler und internationaler Besucher nach zuverlässigen Informationen, die die Ost-West-Konfrontation vor Ort in einen globalen Zusammenhang stellen. Durch eine Übereinkunft der Senatskanzlei mit einem irischen Investor, der die beiden freien Grundstücke am Checkpoint Charlie bebauen will, soll dort ein Informationsort geschaffen werden, der die bestehenden Bilder und Texte der Galeriewand verstetigt, indem er sie sozusagen nach innen verlagert. Eine wirksamere und überzeugendere Lösung wäre jedoch die Gründung eines sich selbst tragenden Museums von etwa 2.500 Quadratmetern, das eine von einem wissenschaftlichen Beirat betreute Dauerausstellung anbietet und als Ort der Begegnung fungieren könnte. Der Zweck dieser Veranstaltung war es daher, eine öffentliche Diskussion darüber anzuregen, wie dieses Ziel in der gegenwärtig wahrlich nicht einfachen finanziellen Lage zu erreichen ist.

Ein solches Museum der Teilung Europas und ihrer Überwindung müsste inhaltlich offen, überparteilich und international konzipiert sein, um über den Verlauf des Kalten Krieges zu informieren, die Erinnerung an seine Gefahren zu bewahren und das Bewusstsein für den europäischen Beitrag zu seiner Beendigung zu stärken. Ohne den Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie zu verwischen, sollten neben der durchaus realen Bedrohung und Unterdrückung, die gemeinsame Verhinderung des Dritten Weltkriegs sowie die endlich geglückte Überwindung der Feindbilder im Mittelpunkt stehen. Da eine solche Einrichtung auch ein stadtpolitischer Gewinn für Berlin wäre, ruft der Initiativkreis zu ihrer baldigen Realisierung auf. Um die vielen Hindernisse bis zu ihrer Gründung zu überwinden, sind wir für jede Form der Unterstützung, sei es in Form von öffentlicher Zustimmung, sei es in Gestalt von inhaltlichen Vorschlägen, dankbar.

## **Aufruf zur Gründung eines „Museums des Kalten Krieges – Die Teilung Europas und ihre Überwindung“**

Fast ein halbes Jahrhundert lang hat der Kalte Krieg die internationale Politik und das tägliche Leben in Ost und West dominiert. Er hat Deutschland geteilt, Europa zerrissen und andere Länder der Welt gespalten. Die in immer neuen Krisen gipfelnden Konfrontationen haben den Frieden wiederholt gefährdet. Das konventionelle und nukleare Wettrüsten hat das Überleben der Menschheit bedroht. Die Auseinandersetzung zwischen den Systemen kommunistischer Diktatur und freiheitlicher Demokratie hat sowohl internationale Spannungen verschärft als auch das Klima der inneren Politik vergiftet. Auch wenn die heißen Kriege in Asien und Afrika stattfanden, hat der Ost-West-Konflikt in Europa ein Klima der Angst geschaffen, das über sein Ende hinauswirkt.

Dennoch ist es den beiden feindlichen Blöcken gelungen, die nukleare Vernichtung zu vermeiden und sich nach vergeblichen Anläufen aus der Psychose gegenseitiger Verteufelung zu lösen. Immer wieder haben verantwortliche Staatsmänner auf beiden Seiten versucht, die Koexistenz durch Entspannungsgesten zu einer dauerhaften Détente auszubauen. Blockübergreifend hat sich die Friedensbewegung um die Begrenzung des Wettrüstens und die Überwindung des Konflikts bemüht. Schließlich ist der Kommunismus zusammengebrochen, haben die Bürgerinnen und Bürger Freiheit und Demokratie durchgesetzt und sich von der sowjetischen Vorherrschaft befreit. Die Länder Ostmitteleuropas gewannen ihre Unabhängigkeit zurück und der europäische Kontinent kann wieder zusammenwachsen.

Zwei Jahrzehnte nach dem Ende des Kalten Krieges hat sich die Welt so stark verändert, dass es schwer fällt, sich an seine Bedrohlichkeit sowie deren Überwindung zu erinnern. Die Überreste des Eisernen Vorhangs und der Mauer sind weitgehend verschwunden; die befreiten und wieder aufblühenden Länder Ostmitteleuropas sind Mitglieder der NATO und EU geworden. Diese schnellen Veränderungen lassen die Erfahrungen des Kalten Krieges vergessen. Die nach 1989 geborene Generation hat keine persönliche Erinnerung mehr an Unterdrückung und Teilung des Kontinents. Selbst Berlin-Besucher aus aller Welt haben große Schwierigkeiten, noch Spuren der vormals so prägenden Auseinandersetzung zu finden.

Wir rufen zur Gründung eines „Museums des Kalten Krieges“ auf, um die Erinnerung an die Teilung Europas und an die Ereignisse, welche zur Überwindung dieser Teilung beitrugen, dauerhaft zu sichern. Der geeignete Ort dafür ist Berlin, „Frontstadt“ des Ost-West-Konflikts, in zwei Hälften geteilt und durch eine unmenschliche Mauer getrennt, die selbst durch wiederholte Krisen zum Symbol wurde. Die vorhandenen Einrichtungen wie das Alliiertenmuseum in Berlin-Zehlendorf, das Deutsch-Russische Museum in Berlin-Karlsdorf oder der Cecilienhof in Potsdam benötigen ein gemeinsames Portal, das sie durch Darstellung des internationalen Kontextes vernetzt.

Wir fordern die Bundesregierung und den Berliner Senat auf, am ehemaligen Grenzübergang Checkpoint Charlie geeignete Räumlichkeiten für ein umfassendes Museum zu sichern. Wir bitten dafür um Unterstützung durch Unterschriften und Spenden.

### **Initiatoren**

James D. Bindenagel, Botschafter a. D., Vice President of Community, Government and International Affairs, DePaul University, USA

Dr. Jackson Janes, Executive Director, American Institute for Contemporary German Studies (AICGS), USA

Prof. Dr. Konrad H. Jarausch, Lurcy Professor of European Civilization, University of North Carolina, Chapel Hill, USA; Senior Fellow, Zentrum für Zeitgeschichtliche Forschung (ZZF), Potsdam, Deutschland

Markus Meckel, MdB, Außenminister a. D. (DDR 1990), Deutschland

### **Erstunterzeichner, veröffentlicht am 16. Juni 2008**

Prof. Dr. h. c. mult. Władysław Bartoszewski, Außenminister a. D., Polen

Elmar Brok, MdEP, Deutschland

† Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Bronisław Geremek, MdEP, Polen

Dr. h. c. Václav Havel, Präsident a. D., Tschechische Republik

Toomas Hendrik Ilves, Präsident der Republik Estland

John C. Kornblum, Botschafter a. D., USA  
 Miklós Németh, Premierminister a. D., Ungarn  
 Prof. Adrian Severin, MdEP; Vizepremierminister a. D., Außenminister a. D., Rumänien  
 Prof. Dr. h. c. Horst M. Teltchik, Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt a. D., Deutschland  
 Dr. Hans-Jochen Vogel, Bundesminister a. D., Regierender Bürgermeister von Berlin a. D., Deutschland

### **Weiter Unterzeichner, veröffentlicht am 20. März 2009**

Dr. James A. Baker III., Außenminister a. D., USA  
 Richard C. Barkley, Botschafter a. D. (1988–1990 in Ost-Berlin), USA  
 Prof. Dr. Günter Bischof, Chair and Marshall Plan Professor of History, Center Austria, University of New Orleans, USA/Österreich  
 Dr. Carlo Azeglio Ciampi, Senator, Präsident a. D., Italien  
 Prof. Emil Constantinescu, Präsident a. D., Rumänien  
 Dr. Dr. h. c. Lothar de Maizière, Ministerpräsident a. D. (DDR 1990), Deutschland  
 Dr. Pavol Demeš, Außenminister a. D., Slowakei  
 Roland Dumas, Europaminister a. D.; Außenminister a. D.; Verfassungsgerichtspräsident a. D., Frankreich  
 Lawrence S. Eagleburger, Außenminister a. D., USA  
 Prof. Dr. Timothy Garton Ash, Professor of European Studies, Isaiah Berlin Professorial Fellow, St. Antony's College, Oxford, Großbritannien; Senior Fellow, Hoover Institution, Stanford University, USA  
 Dr. István Gyarmati, Botschafter a. D.; Verteidigungsstaatssekretär a. D.; Präsident und CEO, International Center for Democratic Transition (ICDT), Budapest, Ungarn  
 Prof. Dr. Hope M. Harrison, Direktorin, Institute for European, Russian and Eurasian Studies; Direktorin, George Washington University Cold War Group; Associate Professor of History and International Affairs, GWU Elliott School of International Affairs, Washington D. C., USA  
 Prof. Dr. Janne Haaland Matlary, Außenstaatssekretärin a. D., Norwegen  
 Dr. Sergej A. Kowalew, Vorsitzender von „Memorial“; früherer Menschenrechtskommissar der Russischen Föderation  
 Prof. Dr. Mark Kramer, Direktor, Harvard Project on Cold War Studies; Senior Fellow/Direktor, Davis Center for Russian and Eurasian Studies, Harvard University, USA  
 Aleksander Kwaśniewski, Präsident a. D., Polen  
 János Martonyi, Außenminister a. D., Ungarn  
 Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Möller, Professor für Neuere und Neueste Geschichte, Ludwig-Maximilians-Universität München; Direktor, Institut für Zeitgeschichte München-Berlin (IfZ), Deutschland  
 Prof. Dr. Valters Nollendorfs, Direktor für Außenbeziehungen, Lettisches Okkupationsmuseum, Riga, Lettland  
 Prof. Dr. Christian F. Ostermann, Direktor, Cold War International History Project (CWIHP); Direktor, European Studies Program/History and Public Policy Program, Woodrow Wilson International Center for Scholars, Washington D. C., USA  
 Eva Quistorp, MdEP a. D., Deutschland  
 Prof. Dr. Adam Daniel Rotfeld, Außenminister a. D., Polen  
 Prof. Dr. William Richard Smyser, stellv. Generalsekretär der Vereinten Nationen a. D.; früherer politischer Berater, US-Botschaft, Bonn; einstmals Assistent von General Lucius D. Clay in Berlin, USA  
 Prof. Dr. Georges-Henri Soutou, Professor für Globale Zeitgeschichte, Universität Paris Sorbonne – Paris IV, Frankreich  
 Prof. Dr. Michael Stürmer, Chefkorrespondent der Zeitung „Die Welt“, Deutschland  
 Dr. Boris Tarasjuk, Abgeordneter, Außenminister a. D., Ukraine  
 Dr. Antanas Valionis, Abgeordneter, Außenminister a. D., Litauen  
 Dr. Dr. h. c. mult. Vaira Vīke-Freiberga, Präsidentin a. D., Lettland  
 Prof. Dr. Philip Zelikow, White Burkett Miller Professor, Department of History, University of Virginia, Charlottesville, USA

**JENSEITS DER FEINDBILDER****Die Bedeutung des „Kalten Krieges“ und seiner Überwindung für das heutige Europa****Öffentliche Diskussionsveranstaltung zum Themenjahr 2009****Freitag, den 20. März 2009****16:00 bis 19:30 Uhr mit anschließendem Empfang****Berliner Rathaus, Festsaal**

Veranstalter: Kulturprojekte Berlin GmbH in Zusammenarbeit mit dem Berliner Forum für Geschichte und Gegenwart e. V., dem Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam, und der Senatskanzlei Berlin – Kulturelle Angelegenheiten

Mit Unterstützung der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius, Hamburg

Planung und Organisation: Berliner Forum für Geschichte und Gegenwart

[www.bfgg.de](http://www.bfgg.de)

Die von Winston Churchill in seiner Rede über den „Eisernen Vorhang“ von 1946 konstatierte Teilung Europas war die einschneidendste Entwicklung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Sie zerriss den gesamten europäischen Kontinent, teilte Deutschland und die Stadt Berlin. Die europäischen Länder gruppierten sich in ideologische Lager und bildeten zwei Blöcke, die sich, in gegnerischen Bündnissen organisiert, feindlich gegenüberstanden.

In der umfassenden Auseinandersetzung zweier „Supermächte“ mit konkurrierenden und bis zum Ende unvereinbaren Gesellschaftsentwürfen standen die von der Sowjetunion dominierten kommunistischen Diktaturen, deren utopischer Anspruch durch den GULAG widerlegt wurde, den von den Vereinigten Staaten angeführten kapitalistischen Demokratien gegenüber, welche – manchen Unduldsamkeiten zum Trotz – westliche Freiheitsvorstellungen vertraten. Die rasante Dynamik der Auseinandersetzungen lässt sich nur zum Teil aus den zutreffenden oder verfehlten Wahrnehmungen der jeweiligen Gegenseite erklären. Ebenso war dafür auf beiden Seiten der Wille verantwortlich, die als existentiell verstandene Auseinandersetzung siegreich zu Ende zu führen: Der Kalte Krieg sollte gewonnen werden.

Da sich der Konflikt auf verschiedenen Kontinenten gleichzeitig entwickelte, war er prinzipiell global, auch wenn sich bis 1961 die großen Konfrontationen in Europa ereigneten. Während sich Westeuropa mit Montanunion und EG wirtschaftlich mehr und mehr integrierte, gelang dieser Prozess mit dem COMECON nur teilweise. Osteuropa war damit bis zum Zusammenbruch des Kommunismus vom Zusammenwachsen des Kontinents abgeschnitten. Die Krisen von 1948 und 1958–1961 sowie der Bau der Berliner Mauer machten die frühere deutsche Hauptstadt zum Symbol dieser Auseinandersetzung. Aufgrund des Viermächtestatus verdichtete sich hier der Konflikt.

Nach dem Ende der fast 45-jährigen Konfrontation zwischen 1947 und 1991 geht es um die Historisierung des Gesamtkonflikts jenseits der Feindbilder, die der Kalte Krieg bis heute in den Köpfen hinterlassen hat. Diese werden nicht zuletzt dadurch beeinflusst, dass noch immer die Mehrheit der Bevölkerung den Konflikt selbst miterlebt hat. Die Öffnung der sowjetischen Archive hat es inzwischen ermöglicht, stärker zwischen der propagandistischen Polemik und den tatsächlichen Abläufen zu unterscheiden. Gleichzeitig hat die Schuldfrage in der Retrospektive an Gewicht verloren und so einen weniger aufgeregten Umgang mit dem Kalten Krieg – als einem interaktiven Prozess ungleicher Antagonisten – möglich gemacht. Der bedrohliche Charakter der Auseinandersetzung gerät langsam in Vergessenheit, erscheint die Epoche im Nachhinein doch als von einer überraschenden strukturellen Stabilität geprägt. Auch ist neben dem konventionellen und atomaren Wettrüsten die kulturelle Dimension der Auseinandersetzung als ideologischer Wettbewerb der Loyalitäten zwischen dem so genannten „Lager des Friedens“ und der „Freien Welt“ stärker ins Blickfeld gerückt.

Konrad H. Jarausch, Februar 2009

Die Überwindung der Folgen der Teilung Europas bleibt eine wichtige Aufgabe der gegenwärtigen Politik. Die öffentliche Diskussionsveranstaltung im Berliner Rathaus soll deshalb die Bedeutung des „Kalten Krieges“ und dessen Überwindung für Europa thematisieren sowie Positionen aus Politik und Wissenschaft zu der Frage einholen, welchen Beitrag Berlin als ehemalige „Frontstadt des Kalten Krieges“ zu diesem Prozess leisten kann.

**PROGRAMM****16:00 Uhr | Begrüßung****Barbara Kisseler**

Staatssekretärin, Chefin der Senatskanzlei Berlin

**Martin Sabrow**

Professor für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte, Universität Potsdam;  
Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung, Potsdam

**Markus Meckel, MdB**

Außenminister (1990);  
seit 2001 stellvertretender außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag;  
Mitinitiator eines „Museums des Kalten Krieges – Die Teilung Europas und ihre Überwindung“ am  
Checkpoint Charlie

**16:30 Uhr | Keynote****Horst Teltschik**

Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt (1983–1991),  
Leiter der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik (1999–2008)

**17:00 Uhr | Erwiderung****Richard C. Barkley**

Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in der DDR (1988–1990)

Kurze Pause

**17:30 Uhr | Der „Kalte Krieg“ aus zeithistorischer Perspektive****Christian Ostermann**

Direktor des Cold War International History Project (CWIHP), Woodrow Wilson Center,  
Washington D. C.

**Horst Möller**

Professor für Neuere und Neueste Geschichte, Ludwig-Maximilians-Universität München;  
Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München/Berlin

**Sandrine Kott**

Professorin für Zeitgeschichte, Université de Genève

**Włodzimierz Borodziej**

Professor für Neuere Geschichte, Uniwersytet Warszawski

Moderation:

**Theo Sommer**

Editor at Large, DIE ZEIT, Hamburg

**19:00 Uhr | Resümee****Konrad H. Jarausch**

Lurcy Professor of European Civilization, Universität of North Carolina, Chapel Hill; Mitinitiator eines  
„Museums des Kalten Krieges – Die Teilung Europas und ihre Überwindung“ am Checkpoint Charlie

**19:30 Uhr | Empfang****Barbara Kisseler**

Staatssekretärin, Chefin der Senatskanzlei Berlin

## REFERENTEN UND MODERATOREN (in der Reihenfolge ihres Auftretens)

### BEGRÜSSUNG

#### **Barbara Kisseler**

Staatssekretärin, Chefin der Senatskanzlei Berlin

#### **Martin Sabrow**

Professor für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte, Universität Potsdam; Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung, Potsdam

#### **Markus Meckel, MdB**

Außenminister (1990); seit 2001 stellvertretender außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag; Mitinitiator eines „Museums des Kalten Krieges – Die Teilung Europas und ihre Überwindung“ am Checkpoint Charlie

### KEYNOTE

#### **Horst Teltschik**

geb. 1940; Studium der Politischen Wissenschaften; Hochschulassistent; 1970 Leiter der Gruppe Außen- und Deutschlandpolitik in der Bundesgeschäftsstelle der CDU; 1972 Referent in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz; 1977 Leiter des Büros des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; 1982–1990 Leiter der Abteilung für auswärtige und innerdeutsche Beziehungen, Entwicklungspolitik und äußere Sicherheit; seit 1983 Stellvertreter des Chefs des Bundeskanzleramts; 1991 Geschäftsführer der Bertelsmann-Stiftung; seit 1993 Mitglied der BMW AG, Vorstandsmitglied Wirtschaft und Politik; arbeitet u. a. als Generalkonsul von Indien für Bayern und Thüringen sowie als Lehrbeauftragter an der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der TU München; 1993 bis 2000 Mitglied des Vorstands von BMW, verantwortlich für das Ressort Wirtschaft und Politik; Vorsitzender des Vorstands der Herbert-Quandt-Stiftung; seit Anfang 2003 Honorarprofessor der neuen Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der TU München.

*Quelle: Chronik der Wende, rbb*

### ERWIDERUNG

#### **Richard C. Barkley**

geb. 1932; Studium an der Michigan State University und der Wayne State University; bis 1957 Militärdienst in der United States Army; 1959–1961 Dozent der University of Maryland; 1962 Eintritt in den Auswärtigen Dienst der USA; 1965–1967 Vizekonsul in der Dominikanischen Republik; 1968–1971 Referent des US-Außenministeriums für Internationale Beziehungen; ab 1971 im Ausland tätig, darunter von 1971–1972 in der US-Botschaft in Bonn und von 1972–1974 in der US-Botschaft in der DDR in Berlin; 1974–1977 persönlicher Assistent von Botschafter Ellsworth Bunker; bis 1979 im Büro für mitteleuropäische Angelegenheiten (Office of Central European Affairs) des Außenministeriums; 1979–1982 stellvertretender Leiter der diplomatischen Vertretung der USA in Norwegen; 1982–1985 politischer Berater der amerikanischen Botschaft in Bonn; ab 1985 stellvertretender Leiter der US-Gesandtschaft in Pretoria; 1988–1990 (2. Oktober) US-Botschafter in der DDR; 1991–1994 außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter und Leiter der US-Botschaft in der Türkei.

*Quelle: Ernennungs-Veröffentlichung ([www.reagan.utexas.edu/archives](http://www.reagan.utexas.edu/archives))*

### REFERENTEN

#### **Christian Ostermann**

Ph. D., Studium der Geschichte (Modern and Medieval History) in Köln und Bonn (M. A.) sowie der Geschichte und Politologie (History and Political Science) an der Miami University; wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn; Dozent für Geschichte und Internationale Politik an der George Washington University und Professorial Lecturer an der Georgetown University; Berater für mehrere historische Dokumentationen, darunter die CNN/Jeremi Isaacs Produktion „COLD WAR“ (1998); Mitherausgeber der „Cold War History“ (London) und Senior Research Fellow am National Security Archive (George Washington University); 1999 Fellow am Norwegian Nobel Institute in Oslo; Direktor des Woodrow Wilson Center's Cold War International History Project (CWIHP), dem er seit 1997 angehört, und Herausgeber des „CWIHP Bulletin“; zahlreiche Veröffentlichungen, darunter „Uprising in East Germany, 1953: The Cold War, the German Question, and the First Major Upheaval Behind the Iron Curtain“.

*Quelle: Woodrow Wilson Center, Website*

**Horst Möller**

geb. 1943; Studium der Geschichte, Philosophie und Germanistik in Göttingen und Berlin (Staatsexamen 1969, Promotion 1972, Habilitation 1978); 1969–1977 Wiss. Assistent bzw. Priv. Doz. an der FU Berlin; 1978 Mitarbeiter im Bundespräsidialamt Bonn; 1979–1982 Stv. Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München; 1982–1989 Ordinarius an der Universität Erlangen-Nürnberg; 1989–1992 Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Paris; seit 1992 Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin, zugleich Ordinarius für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Regensburg (1992–1996), seit 1996 an der LMU München; zahlreiche Veröffentlichungen; Herausgeber u. a. von: „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ und der Schriftenreihe der VfZ (gemeinsam mit H. Altrichter, H.-P. Schwarz und A. Wirsching), „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ (mit K. Hildebrand und G. Schöllgen); „Das Dritte Reich. Herrschaftsstruktur und Geschichte“ (1983, mit M. Broszat)

Quelle: *Institut für Zeitgeschichte, Website*

**Sandrine Kott**

geb. 1960; Studium der Geschichtswissenschaft an der Universität Paris X und Paris VII; von 1992 bis 2004 Dozentin für Neuere Geschichte an der Universität Poitiers; 2001 Habilitation an der Pariser Sorbonne; seit 2004 Professorin für Neuere Geschichte am Europäischen Institut der Universität Genf (IEUG); Mitglied in der interdisziplinären Forschungsgruppe zu den Ländern Mittel- und Osteuropas (GEPECO-Groupe d'Études sur les pays de l'Europe centrale et orientale); Forschungsprojekte/-schwerpunkte zurzeit: Sozialgeschichte der kommunistischen und postkommunistischen Länder in Mitteleuropa, der postkommunistische Übergang (Transition) in der Geschichte, DDR und die Transformationsprozesse in Frankreich; Assoziierte Forscherin am Centre Marc Bloch in Berlin; Mitglied im wissenschaftlichen Redaktionsbeirat verschiedener Zeitschriften wie „Genèses sciences sociales et Histoire“, „Histoire et société“, „Zeithistorische Forschung“; zahlreiche Veröffentlichungen, u. a. „Le communisme au quotidien“, 2001, „Bismarck“, 2003, „Die ostdeutsche Gesellschaft. Eine transnationale Perspektive“ (Hg. mit Emmanuel Droit), 2006.

Quelle: *Universität Genf, Website*

**Włodzimierz Borodziej**

geb. 1956; Studium der Geschichte und Germanistik in Warschau; 1984 Dissertation mit dem Titel „Terror und Politik. Die deutsche Polizei und die polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 1939–1944“ (Deutsch 1999); 1991 Habilitation in der Zeitgeschichte an der Historischen Fakultät der Universität Warschau; Professor für Neuere Geschichte am Historischen Institut der Universität Warschau; 1992–1994 Generaldirektor in der Sejmkanzlei (Parlamentsverwaltung); 1994–95 Gastprofessur an der Philipps-Universität in Marburg; 1997–2007 polnischer Co-Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission; 1999–2002 Vizepräsidentenamtes der Universität Warschau; 2004–2005 an der Friedrich Schiller Universität Jena; diverse Stipendien und Gastprofessuren führten ihn nach Tübingen, Wien und Marburg. Verfasser u. a. von „Der Warschauer Aufstand 1944/The Warsaw Uprising of 1944“ (2004/2006); Mitherausgeber u. a. von „Option Europa. Deutsche, polnische und ungarische Europa-pläne des 19. und 20. Jahrhunderts“ (3 Bände, 2005); Herausgeber u. a. von „Polska wobec zjednoczenia Niemiec 1989 – 1991. Dokumenty dyplomatyczne“ (2006); im Auftrag des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten Herausgeber der Polskie Dokumenty Dyplomatyczne (2005 ff.).

Quelle: *Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften*

## MODERATOREN

**Theo Sommer**

geb. 1930; Studium der Geschichte und der politischen Wissenschaften in Tübingen; Promotion zum Dr. phil. bei Hans Rothfels in Tübingen mit einer Arbeit über „Deutschland und Japan zwischen den Mächten, 1935–1940“; seit 1949 tätig als Journalist; Chefredakteur der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ vom 1. Januar 1973 bis 30. September 1992; Herausgeber der „ZEIT“ neben Gräfin Dönhoff und Helmut Schmidt vom 1. Oktober 1992 bis 31. März 2000; seit 1. April 2000 Editor at Large; Beschäftigung vorwiegend mit außenpolitischen Fragen; vor allem Deutschland- und Ostpolitik, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, Europafragen, Entwicklung Asiens; 1969–1970 Leiter des Planungsstabes im Bundesministerium für Verteidigung; 1992–2005 Vorstandsmitglied Deutsche Welthungerhilfe; seit 1973 Kuratoriumsmitglied der ZEIT-Stiftung; Beiratsvorsitzender Deutsche Stiftung Friedensforschung.

Quelle: *Die Zeit, Büro Dr. Sommer*

### **Konrad H. Jarausch**

geb. 1941, Studium der deutschen Geschichte an der University of Wisconsin, Postdoktoranten-Studium am Shelby Cullom Davis Center, Princeton; 1968–1983 Assistant to Full Professor für Geschichte an der University of Missouri, Columbia; 1983 Lurcy Professor for European Civilization an der University of North Carolina, Chapel Hill; 1994 Stellvertretender Direktor des Duke Center for European Studies an der UNC; 1994–2006 Co-Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam; Ko-Gründer und Präsident der Friends of the German Historical Institute; ehem. Vorsitzender der International Commission for Application of Quantitative Methods in History; ehem. Vorsitzender der German Studies Association; ehem. geschäftsführender Sekretär und nachfolgend Präsident der Conference Group for Central European History; ehem. Vorsitzender der American Historical Association Program Committee; Senior-Herausgeber eines neuen elektronischen Networks zur Sozial- und Kulturgeschichte; Mitherausgeberschaft „Jahrbuch für Universitätsgeschichte“; Historisch-Sozialwissenschaftliche Forschungen; History of Higher Education Annual; früher: Central European History, German Studies Review, History of Education Quarterly u. a.; Mitgründer und Co-Direktor des UNC-Duke Centers for European Studies sowie früherer Präsident der Freunde des DHI; Beiratsmitgliedschaften im HAIT, Centre Marc Bloch, FRIAS, und im internationalen Beirat der Alexander von Humboldt-Stiftung. Seit 2006 Senior Fellow am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam.

*Quelle: Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, Website*

## **IMPRESSUM**

### JENSEITS DER FEINDBILDER

Die Bedeutung des „Kalten Krieges“ und seiner Überwindung für das heutige Europa

Öffentliche Diskussionsveranstaltung zum Themenjahr 2009  
am 20. März 2009 im Berliner Rathaus

Veranstalter:

Kulturprojekte Berlin GmbH in Zusammenarbeit mit dem Berliner Forum für Geschichte und Gegenwart e. V., dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, und der Senatskanzlei Berlin – Kulturelle Angelegenheiten

Mit Unterstützung der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius, Hamburg

Veranstaltungsplanung und -organisation:

Berliner Forum für Geschichte und Gegenwart e.V.

Dokumentation der Veranstaltung

Redaktion: Monica Geyler-von Bernus, Reinhard von Bernus für

Berliner Forum für Geschichte und Gegenwart e.V.

[www.bfgg.de](http://www.bfgg.de)

Satz und Layout: Sabine Klopffleisch, d17 Corporate Media Design, Berlin

Titelfoto: 08.08.2006, Meißner, ullstein bild 00845452

© bfgg 2009 — für die Artikel bei den Autoren